Moria: Der Ruß an unseren Händen?

Jaqueline Katherina Singh

12 000 Menschen ohne ein Dach über den Kopf, auf eine Autobahn gepfercht. Essenslieferungen, Getränke, medizinische Versorgung – all das gibt es nur spärlich und wird auch aktiv von der Polizei blockiert. Proteste und Versuche nach Mytilini, die nächste Stadt zu kommen, werden jedoch seitens der Polizei mit Tränengas beantwortet, während nebenbei rechte Bürgerwehren die Menschen angreifen. Was sich nach einem Katastrophenfim anhört ist nur ein paar tausend Kilometer weit weg schmerzhafte Realität seit dem am Mittwoch, dem 9. September ein Feuer auf Lesbos ausbrach und Moria vollkommen zerstörte.

Seit Jahren werden auf den griechischen Inseln Geflüchtete festgehalten und in menschenunwürdigen Zuständen zusammengepfercht. Moria selbstist eherein Gefangenenlager, das in dieser Form auf den EU-Türkei-Deal von 2016 zurückgeht. Es wurde ursprünglich für 2.800 Menschen gebaut, während im regulären Camp mehr als 12 000 Menschen lebten. Dabei ist herauszuheben, dass das Lager nur eines von vielen ist. Es ist also kein einzelner Schandfleck, sondern Teil einer Gesamtkonzeption.

Der Brand raubte den Menschen, die eh nicht viel hatten, ihr letztes bisschen. Man könnte meinen, dass dieses Problem schnell zu lösen wäre. Schließlich wurden ja die gestrandeten Urlauber_Innen beim Anfang der Corona-Krise mehr oder weniger schnell wieder ins Land geholt. Schließlich wurde ja beim Brand der Kuppel des Norte Dame innerhalb weniger Stunden Millionen Euro gesammelt. Doch auch wenn es schnell möglich wäre, diesen Menschen eine Perspektive zu geben, sieht die Realität aktuell anders aus. Aktuell wird gegen den Willen der Geflüchteten ein neues Lager errichtet. Deswegen müssen wir uns fragen: Wie konnte es so weit kommen?

Wer
trägt die Verantwortung?

Schuld sind nicht nur einzelne Poliker wie Horst Seehofer oder Sebastian Kurz. Die aktuelle Lage ist auch Ausdruck eines internationalen Rechtsrucks, den wir seit 2016 auch in Deutschland zu spüren bekommen. Im Zuge der Krise 2007/08 hat sich die Konkurrenz unter den Kaptialist_Innen verschärft. Viele Unternehmen sind pleite gegangen, gerettet wurden zuerst die Global Players der imperialistischen Staaten. Das führte dazu, dass ein Teil der Kapitalist_Innen (besonders kleinere, nationale Unternehmen und der sog. Mittelstand) vom Abstieg bedroht ist. Getrieben davon fingen sie an laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente um die eigene Stellung zu versuchen zu schützen.Sie wollen vor internationale Konkurrenz geschützt werden – zugleich aber auch am Weltmarkt punkten, wenn sie dazu fähig sind.

Da es an klarer linker Perspektive fehlte, die die Probleme, die durch die Krise entstanden sind abwehrte und da die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und auch große Teile der Europäischen Linksparteien auf Klassenkollaboration, statt auf Klassenkampf setzen, schafften sie es mittels rassistischer Rhetorik nicht nur das KleinbürgerInnentum und Mittelschichten, sondern auch Teile der Arbeiter_Innenklasse anzusprechen und Druck auf die etablierten Parteien auszuüben. Auch wenn sich das erst mal sehr abstrakt liest, ist dies wichtig zu verstehen. Der internationale Rechtsruck beeinflusst das Kräfteverhältnis insgesamt. So sind Seehofer und Kurz wahrscheinlich sehr unangenehme Menschen, aber die Politik, die sie betreiben ist Ausdruck einer konkreten politischen Entwicklung und eines Kräfteverhältnis. Deswegen löst der Rücktritt Einzelner somit das Problem nicht auf.

Shame on you, EU?!

Der Rechtsruck machte auch vor den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht halt. Insbesondere die Migrationspolitik verursachte Risse in der angeblichen Solidargemeinschaft. Vielmehr blockierten sich die einzelnen Nationen gegenseitig und das einzige, auf dass sich geeinigt werden konnte war, sich nicht zu einigen und Hilfe zu unterlassen. So fiel nach und nach die Seenotrettung weg, diverse Abkommen wie der EU-Türkei-Deal wurden

geschlossen, damit weniger Menschen überhaupt in die Festung Europa kommen.

Doch bei all dem muss man sich fragen, welche Rolle der deutsche Imperialismus dabei spielt. Anfangs schien es so, dass Deutschland eine fortschrittliche Rolle innerhalb Europäischen Union einnahm. Als Angela Merkel 2015eine Abriegelung der Grenzen ablehnte trat, war dies kein Akt jedoch Nächstenliebe.Sie gab weigerte sich zum einen Hunderttausende, die die Grenzen der EU zeitweillig durchbrochen hatten, mit extremen polizeilichen und militärischen Mitteln zu stoppen. Sie gab andererseits auch der Welle der Solidarität nach, die viele in Europa mit den Geflüchteten zum Ausdruck brachten. Hunderttausende empfinden damals Geflüchtete an den Bahnhöfen, vielen wollten sie in ihren Wohnungen auf nehmen, was jedoch staatlicherseits verhindert wurde.

Zudem lage dem Kurs von Merkels auch ein wirtschaftliches Kalkül zugrunde. Der deutsche Imperialismus bezieht seine Stärke nämlich aus Exporten, der Zoll- und kontrollfreie Raum der Europäischen Union ist ein wichtiger Stützpfeiler ohne die nicht die gleiche Wirtschaftsleistung erbracht werden kann. Die „Wir schaffen das Mentalität“ war ebenso nur möglich, da Deutschland, anders als viele Länder, besser aus der Finanzkrise herausgekommen und hatte somit einen größeren Spielraum den sogenannten „Sozialstaat“ auch für andere teilweise zu öffnen. Gerade letztere Position sorgte in der EU für viel Streit und Uneinigkeit, hielt sich aber nicht lange. Denn der bereits beschriebene Rechtsruck fand auch in Deutschland statt. So wurde aus „Wir schaffen das.“ ein „Genug getan, wir schaffen es Niemanden hier rein zu lassen.“ Das, was in Moria passiert ist, ist somit eine bewusste Entscheidung der deutschen Regierung und bewusst in der Verantwortung der CDU/CSU, sowie der SPD. Man kann auch sagen: Während die AfD hetzte, machte die Große Koalition die Gesetze. Und alle trugen sie mit.

Und nun?

Nun will Niemand mehr unnötige Kosten ausgeben. Denn als nichts anderes werden die Menschen auf den griechischen Inseln gesehen. Kosten, die

vermieden werden müssen und so kann man sich auf das einigen, was 2017 noch für eine große Diskussion innerhalb der CDU sorgte: das erste offizielle Auffanglager der EU. Ein anderes Wort dafür ist Gefängnis. So schrieb‘ die SZ in ihrem Artikel „Blaupause für die europäische Migrationspolitik“: „Seehofer hat bereits früher eingeräumt, dass der Aufenthalt in diesen Lagern nicht zwingend ein freiwilliger sein wird. Weiterwanderung Geflüchteter durch Europa, wie sie derzeit üblich ist, soll unbedingt vermieden werden.“ Kurz um: Moria soll das erste gemeinsame Auffanglager werden, wo Menschen gegen ihren Willen festgehalten, wenn sie nicht in ihre Herkunftsländer wieder abgeschoben werden können.Nebenbei werden die Maßnahmen an den Außengrenzen verschärft, ebenso die Asylgesetzgebungen der Mitgliedstaaten. Die Festung Europa rüstet also auf.

Eigentlich geht es aber auch darum, die aktuelle Krise dafür zu nutzen, dass in Zukunft Lager und eine „kontrollierte“ Einreise und Aufnahme von Geflüchteten möglichst schon außerhalb der EU, in der Türkei oder in den Ländern Nord- und Zentralafrikas stattfinden soll. Damit gibt die EU jede Verantwortung für die Unterbringung der Geflüchteten ab, hebelt faktisch das Recht aus Aysl weiter aus und erklärt alle Geflüchteten, die sich nicht außerhalb der EU bei „Migrationszentren“ melden, für illegal.

Was macht die Linke?

Die Antwort ist einfach: hilflos zuschauen. Spontan gingen am Mittwoch Abend im Bundesgebiet mehrere 10 000 Leute auf die Straße. Seit Monaten gibt es mehrere Gemeinden und Kommunen, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen. All das sind kleine Signale, dass es noch Menschen gibt, die sich gegen den Rechtsruck stellen. Doch diese spontanen Ausbrüche helfen in der Situation nur bedingt weiter. Zwar ist es gut, dass es sie gibt, aber wenn man erfolgreich alle 12 000 Menschen evakuieren möchte, braucht es klare Forderungen und einen Plan, wie man aus der Defensive in der wir uns befinden, herauskommt. Vor allem wenn man längerfristig die Festung Europa einreißen will.

Fehlerhafte
Politik

Was also tun? Auch wenn es Manchen falsch vorkommt, Jene zu kritisieren, die abstrakt für das gleiche Ziel kämpfen, so müssen wir an dieser Stelle offen Kritik üben und gemeinsam diskutieren. Denn dass Menschen verbrannt sind, während andere nun hungern, ist nicht nur die Schuld von Horst Seehofer, sondern auch Ergebnis der Politik Gewerkschaften und reformistischen Parteien. Diese beteiligten sich zwar formal an unterschiedlichen Bündnissen, verweigerten sich aber konsequenter antirassistischer Politik. Statt mit der Großen Koalition zu brechen, setzte die SPD die rassistischen Asylgesetzverschärfungen mit um. Statt dies zu kritisieren, die Geflüchteten in die eigenen Reihen aufzunehmen und gemeinsam für Verbesserungen der gesamten Arbeiter_Innenklasse zu kämpfen, setzten die Gewerkschaften auf leere Phrasen und Standortpolitik. Der Linkspartei hingegen fehlte eine Taktik, diese beiden herauszufordern und offen zu kritisieren und verlor sich stattdessen in eigene Grabenkämpfe und Einzelprojekte. Dies trug maßgeblich damit bei, dass sich die Positionen der AfD in Teilen der Arbeiter_Innenklasse mehr Gehör fanden.

Wir müssen aber auch die Politik der Radikalen Linken kritisch betrachten. Dabei geht es an dieser Stelle weniger um Schuldzuweisungen, sondern mehr darum eine Debatte anzustoßen und aus den Fehlern zu lernen. Nur so können wir perspektivisch erfolgreich sein. Was wurde also gemacht? Seit 2014 gab es punktuell immer mal wieder große Demonstrationen, es gab bundesweite Bündnisse gegen Rassismus -und zwar mehr als genug. Doch statt sich gemeinsam zu koordinieren und konkret um Forderungen zu kämpfen, blieb es dabei dass jedes Spektrum sein eigene Suppe kocht. Die schmeckt schließlich am besten. Doch was ist aus den Zielen geworden? Aufstehen gegen Rassismus, das wohl größte Bündnis setzte sich zum Ziel „rote Haltelinien“ neu zu ziehen und die Positionen der AfD aus der Gesellschaft zu vertreiben mittels kleiner Multiplikator_Innen, sogenannter Stammtischkämpfer_Innen. Nationalismus ist keine Alternative wollte blockieren, Welcome2Stay hatte vor Strukturen von Supporter_Innen und Geflüchteten zu vernetzen.

Doch was ist geblieben? Nicht viel. Die Asylgesetzverschärfungen sind durchgekommen und die Debatte hat sich verschoben: Statt dafür zu

kämpfen, dass Geflüchtete hier arbeiten gehen können, geht’s jetzt darum Abschiebungen zu verhindern und dafür zu kämpfen, dass Menschen in Seenot überhaupt aufgenommen werden können. Was sind also die größten Fehler?

Zusammengefasst hätten sich die bundesweiten Bündnisse koordinieren müssen. Im Zuge der großen Mobilisierungen hätte es Basisarbeit an Orten gebraucht, an denen wir uns alle Bewegung müssen (Schule, Uni, Betrieb) um auch jene zu erreichen, die noch nicht überzeugt sind. Darüber hinaus hätte es Druck gebraucht: auf die Regierung durch Demos, aber auch Streiks und auf einzelne Organisationen der Arbeiter_Innenklasse wie beispielsweise die Gewerkschaften.

Was braucht es jetzt?

Statt zu hoffen, dass sich was ändert, müssen wir handeln. Auch wenn sich viele in dieser Situation machtlos fühlen, auch wenn es so scheint, dass man nichts mehr ändern kann, selbst wenn man auf Demos geht und mit Freund_Innen diskutiert. Solche Momente in denen sich die Situation krisenhaft zuspitzt, müssen wir nutzen. Unmittelbar gilt es für die sofortige Versorgung vor Ort, sowie die Evakuierung aller Geflüchteten auf Lesbos zu kämpfen und sich nicht mit Kleinstbeträgen abspeisen zu lassen.

Doch wie kann man das durchsetzten? Trotz Corona bedarf es so schnell wie möglich zentraler Aktionstage. In diesem Rahmen darf es dabei nicht nur um die Demonstration an sich gehen. Diese ist vielmehr Anhaltspunkt um vor Ort in Schule, Uni und Betrieb Aktionskomitees zu gründen, die vor Ort dafür mobilisieren mit Infoveranstaltungen, Vollversammlungen. Dies muss man nutzen, nicht nur die Demonstration zu bewerben, sondern Diskussionen zu starten, wo man bspw. über die Auswirkungen von Rassismus oder auch Corona vor Ort diskutieren kann. Damit das stattfindet, muss man auf Gewerkschaften und Linkspartei auffordern, sich nicht nur an einem Bündnis zu beteiligen, sondern offen und nachvollziehbar alle ihre Mitglieder zu mobilisieren. Besonders Bewegungen wie Fridays for Future oder aber Deutsche Wohnen & Co enteignen! müssten an dieser Stelle klar Stellung

beziehen und aktiv Druck ausüben.

Was muss man fordern?

Die sofortige Versorgung, sowie Evakuierung können nur durchgesetzt, wenn wir auch eine gesellschaftliche Perspektive aufzeigen, die über Humanität und Moral hinausgehen. Als Revolutionär_Innen treten wir für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle sein. Bewegungsfreiheit darf kein Privileg in imperialistischen Ländern sein, sondern muss ein Recht für die gesamte, internationale Arbeiter_Innenklasse sein. Auch müssen Linke über die Forderung des Bleiberecht hinausgehen.Diese mag auf den ersten Blick fortschrittlich klingen, jedoch sorgt diese dafür, dass Geflüchtet hier lediglich geduldet werden. Staatsbürger_Innenrechte bedeuten jedoch, dass sie die gleichen Recht haben, dass sie auch aktiver Teil der Arbeiter_Innenklasse sein können und hier wählen, arbeiten, sich frei bewegen können.

Darüber hinaus müssen wir in unseren Forderungen bestehende Kämpfe verbinden. Wir sind gegen die Unterbringung in Lagern. Stattdessen bedarf es die Enteignung von leerstehenden Wohnraum, sowie Spekulationsobjekten, die die Mieten in die Höhe treiben. Der zusätzliche Bau von Sozialwohnung sorgt ebenso dafür, dass der überteuerte Wohnraum für alle Vergangenheit wird. Auch müssen wir dafür kämpfen, dass die Geflüchteten in die Gewerkschaften aufgenommen werden und gemeinsam für einen höheren Mindestlohn auf die Straße gehen. Dies kann direkt mit den kommenden Kämpfen gegen Entlassungen kombiniert werden, denn statt arbeitslos zu sein, sollten die individuelle Arbeitszeit bei vollem Lohnausglech reduziert werden. Die Verbindung solcher Fragen schafft es den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen und bestehende Vorurteile zu beseitigen, da so das Interesse der gesamten Arbeiter_Innenklasse aufgezeigt wird. Um mehr Schlagkraft zu erzeugen, sollte es nicht nur individualisierte Proteste mit unterschiedlichen Forderungen in verschiedenen Ländern geben, sondern ein auf europäischer Ebene organisierter Protest.

Zweite Welle der Corona-„SkeptikerInnen“?

Wilhelm Schulz, 3. August 2020
Zuerst veröffentlicht unter https://arbeiterinnenmacht.de/2020/08/03/zweite-welle-der-corona-skeptikerinnen/

Es war ein unheimlicher Aufmarsch. 20.000 bis 30.000 Corona-„SkeptikerInnen“ oder direkte LeugnerInnen der Pandemie demonstrierten am 1. August in Berlin. Aus dem gesamten Bundesgebiet mobilisierten die OrganisatorInnen der sogenannten Hygienedemonstrationen.

Sie feierten gemeinsam das angebliche Ende der Corona-Pandemie. Dabei sind die Zahlen täglicher Neuinfektionen weltweit höher denn je – von der Dunkelziffer vor allem in der halbkolonialen Welt ganz zu schweigen, die u. a. auf fehlende Testsysteme und darauf zurückzuführen sind, dass als Todesursachen andere Krankheiten und Mangelerscheinungen ausgewiesen werden.

Auch in Deutschland steigen bekanntlich die Zahlen. Die Öffnung der Wirtschaft und die Arbeitsbedingungen in den Betrieben stellen auch hier ein Gesundheitsrisiko dar, das Kapital und auch Corona-SkeptikerInnen billigend in Kauf nehmen. Kostenlose Testverfahren werden selbst in Deutschland nur wenigen angeboten – oft nur im Zusammenhang mit einem Flugticket.

Wir werden an dieser Stelle nicht weiter auf die Ideologie und den Irrationalismus dieser kleinbürgerlichen „Bewegung“ eingehen. Wir haben uns damit schon an anderer Stelle, z. B. im Artikel „Das Querfront-Virus“ , auseinandergesetzt.

In den letzten Wochen schien es freilich so, dass die rechte Mobilisierung

durch mehrere Faktoren an Zulauf verloren hatte. Erstens hatte die Regierung mit der vollständigen Öffnung der Betriebe, von Schulen, Geschäften, Gaststätten – also mit der Aufhebung aller realen Einschränkungen der Gewerbefreiheit – eine, wenn nicht die zentrale Forderung der Bewegung erfüllt. Zweitens schien sich der obskur faschistische Teil der Bewegung stärker zu isolieren. Drittens hatten sie Gegenmobilisierungen wie in Berlin, vor allem aber die Massendemonstrationen in Solidarität mit Black Lives Matter in den Hintergrund gerückt.

Die Demonstration vom 1. August verdeutlicht freilich, dass es sich dabei nur um eine Momentaufnahme handelte und die Gefahr der Bildung einer reaktionären kleinbürgerlichen Massenbewegung keineswegs verschwunden ist. Und sie wird auch nicht verschwinden, wenn die organisierte ArbeiterInnenbewegung, allen voran die Gewerkschaften und SPD, aber letztlich auch die Linkspartei den nationalen Schulterschluss mit „ihrer" Regierung suchen, während Millionen in Kurzarbeit einen Vorgeschmack auf Entlassung und massive, dauerhafte Einkommenseinbußen erhalten. Das erleichtert, ja ermöglicht es erst radikalisierten, reaktionären UnternehmerInnen und KleinbürgerInnen wie auch den organisierten Nazis, RassistInnen und VerschwörungstheoretikerInnen, sich als aktive, pseudo-systemoppositionelle Kraft zu präsentieren.

Solcherart stellt die rechte Mobilisierung nicht nur ein Warnsignal an die Linke, an die ArbeiterInnenbewegung dar. Sie unterstreicht auch die Notwendigkeit einer Antikrisenbewegung, die klare klassenpolitische Forderungen aufstellt, sich nicht den Programmen der Großen Koalition und des Kapitals unterwirft und gleichzeitig die Gefahr der Pandemie nicht außer Acht lässt. Dies ist die Aufgabe der Stunde für alle anti-kapitalistischen, internationalistischen und proletarischen Kräfte.

Tag der Freiheit?

Der unheimliche Aufmarsch lief unter dem Motto „Ende der Pandemie – Tag der Freiheit" durch die Straßen Berlins. Die Parole enthält nicht nur die absurde, allen Fakten widersprechende These vom Ende der Pandemie. Sie

bringt nicht nur ein Synonym für den zur individuellen Rücksichtslosigkeit gewordenen bürgerlichen Freiheitsbegriff zum Ausdruck – die Freiheit, alle anstecken zu dürfen.

Der Titel enthält eine weitere Doppeldeutigkeit. Schon in den letzten Monaten waren antisemitische und rassistische Tendenz bei den Mobilisierungen immer deutlicher zu erkennen. Mit Attila Hildmann haben wir den Prototyp eines zum Faschismus tendierenden maroden Kleinbürgers, der, wie seine versuchten Hetzjagden auf „Hooligans gegen Satzbau“ und „Anonymus Deutschland“ zeigten, näher an organisierte FaschistInnen angebunden ist, als er es denkt oder darstellt.

Und ja, „Tag der Freiheit“ ist kein neuer Titel. 1935 wurde der Film Leni Riefenstahls „Tag der Freiheit! – Unsere Wehrmacht“ im Auftrag der NSDAP veröffentlicht. Es war der Abschluss ihres filmischen Dreiteilers an Propaganda für Parteitage der FaschistInnen. Doch selbst wenn die Wahl des Mottos purer Zufall wäre – was angesichts der einschlägig rechten OrganisatorInnen kaum glaubhaft ist –, so wäre die Demonstration weiterhin hoch problematisch und es würde an ihrem zutiefst reaktionären Charakter nichts ändern.

Wer nahm teil?

Doch woher kommen die Kräfte politisch? Veranstaltet wurde die Aktion von Initiative Querdenken 711, die den Protest in Stuttgart organisieren, und der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand (KDW) rund um Anselm Lenz, die die Mobilisierungen am Berliner Rosa Luxemburg Platz initiierten. Daneben nahmen auch VertreterInnen von NPD, Drittem Weg, Identitärer Bewegung, des Compact-Magazins Jürgen Elsässers, AnhängerInnen des QAnon-Mythos, ReichsbürgerInnen, Teile der Pegida-Bewegung und weitere neurechte bis faschistische Kräfte teil.

Sie stellten mit Sicherheit nicht die alleinige Führung und auch nicht die Mehrheit der sich Versammelten dar, aber sie prägen die Bewegung unzweifelhaft. Darüber hinaus waren auch etliche VertreterInnen der AfD vor Ort erkennbar. Die Mehrheit der sich Versammelnden rekrutierte sich

vermutlich aus einem breiten Spektrum, welches von esoterischen ImpfgegnerInnen über SkeptikerInnen, die die Maßnahmen für überzogen halten, bis zu vor dem wirtschaftlichen Ruin stehenden KleinunternehmerInnen und ihren Angestellten reicht.

Während die zweite Gruppe vermutlich mehr Menschen bei einem Großevent auf die Straße bringen kann, so haben wir es bei der ersten mit Neurechten und StrategInnen zu tun, die die bunte Bandbreite von wirren Restbeständen der Friedensbewegung bis zu AnhängerInnen des Deutschen Kaiserreiches ausnutzen, um Heterogenität und Pluralismus vorzugaukeln. Deren wahrer Charakter offenbart sich darin, dass sich FaschistInnen in ihrem Fahrwasser aufbauen können. Das reale „Spannungsfeld" der Bewegung zeigt sich letztlich darin, dass der kleinbürgerlich-unternehmerische Flügel auf ein Programm der wirtschaftlichen und „kulturellen" Öffnung pocht, das jedwede Rücksicht auf die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung ablehnt und damit ganz nebenbei die Lockerungsmaßnahmen der Regierung stützt. Andererseits erleben wir hier eine Bewegung, die die Gefahr des Aufstiegs reaktionärer Kräfte in dieser Krisensituation aufzeigt.

Dass auch vereinzelt „linke" Kräfte präsent waren, die aus dem Spektrum der Friedensbewegung zu kommen scheinen, macht die Sache nicht harmloser, sondern nur umso bedenklicher. Sie bilden schließlich kein Gegengewicht zu den Rechten, sondern entpuppen sich als deren nützliche IdiotInnen. Waren Formate wie Rubikon und NachDenkSeiten inhaltlich bereits vor Corona an einigen Punkten problematisch, so beschleunigt sich ihr politischer Verfall massiv, während die „Rote Fahne"-Gruppe zunehmend als bewusste Querfrontlerin in Erscheinung tritt.

Dieser Zusammenschluss bildet eine gefährliche Mischung, die tatsächlich lieber im Giftschrank hätte bleiben sollen. Es zeigt uns, unter welchem politischen Vorzeichen wir in diese Krisenperiode gerutscht sind, unter dem eines gesellschaftlichen Rechtsrucks als Folge der Niederlagen des Arabischen Frühlings und der Bewegung in Griechenland, des Aufstiegs des Nationalismus und der Krise der EU sowie der zugespitzten imperialistischen Konkurrenz – bei gleichzeitigem politischen Bankrott der Linken.

Im August 2020 erleben wir das Zusammengehen von Pegida und der Anti-Hygienebewegung, einen Schulterschluss unter Zwillingen. Eine repräsentiert den Rechtsruck des letzten Jahrzehnts in Deutschland, die andere das Gefahrenpotential der aktuellen Periode des Klassenkampfes, wenn die ArbeiterInnenbewegung keine klassenkämpferische Antwort für die Massen zu geben vermag.

Wer und wie viele?

Das genau zu beantworten, ist fast unmöglich. Zwar gab es Ortsschilder, die auf der Versammlung in die Luft gehalten wurden. Aber um wirklich abschätzen zu können, wie viele der sich versammelnden aus dem rechten Spektrum kommen, wie viele durch die Anti-Hygienedemonstrationen politisiert wurden, dafür wäre eine ausführlichere Recherche nötig. Laut Junger Welt kam ein großer Teil der sich Versammelnden aus Baden-Württemberg und Sachsen.

Die Zahlen der TeilnehmerInnen gehen weit auseinander, von 17.500 bis zu reichlich phantastischen 1,5 Millionen. Hierzu muss einiges gesagt werden, aber es ist mit Sicherheit nicht die Hauptfrage, die die Linke beschäftigen sollte. Selbst wenn es „nur“ 17.500 Menschen waren, so ist das die größte Berliner Mobilisierung von rechts in diesem Jahr. Was die Hauptstadt betrifft, so ist sie vergleichbar mit der Black-Lives-Matter-Kundgebung im Juni am Berliner Alexanderplatz, bei der mindestens 20.000, wahrscheinlich sogar über 30.000 Menschen protestierten.

Ein Artikel vom Volksverpetzer vom 2. August kalkuliert eher mit 17.000 Menschen, ähnlich den Polizeiangaben. Dabei legt er die Grundfläche der Abschlusskundgebung den Berechnungen zugrunde und geht von einer durchschnittlichen Mensch-Flächen-Dichte von einer Person pro Quadratmeter aus, was 17.000 Menschen ergibt. Für seine Berechnungen zieht er außerdem Vergleiche mit den Bildern der Loveparade von 1999, bei der 1,4 Millionen Menschen auf der Straße des 17. Juni waren.

Hiermit zeigt er eindrucksvoll, wie viel größer die letztere Veranstaltung war. Persönlich war der Autor bei keiner der beiden vor Ort, hält jedoch das

Verhältnis von einer Person pro Quadratmeter für etwas viel Platz über die gesamte Strecke, aber selbst bei 0,75 oder 0,5 Quadratmeter pro Menschen wären es lediglich knapp 23.000 beziehungsweise 34.000 TeilnehmerInnen.

Für die Teilnehmenden und ihre Chatgruppen wird die Zahlendebatte irrelevant, halten sie doch jedwede Berichterstattung gegen sie für gleichgeschaltet. Das zeigen auch die Einschüchterungsversuche gegenüber der Presse vor Ort. Mehrere Fernsehteams sahen sich gezwungen, ihre Berichterstattung abzubrechen. Die VeranstalterInnen forderten von jeder teilnehmenden ReporterIn eine Voranmeldung, in der diese unterzeichneten, dass sie stets „wahrheitsgemäß, unparteiisch und vollständig berichten" – worunter sie ihre eigene „Wahrheit" verstehen. Wie schon bei den rechten Demonstrationen in Stuttgart wollen diese selbsternannten VerteidigerInnen der Meinungsfreiheit missliebigen JournalistInnen einen Maulkorb verpassen, diese zensieren.

Rücksichtslosigkeit als Programm

Die Darstellung des Corona-Virus schwankt in der Bewegung zwischen der Beschreibung als regulärer Grippewelle und einer bloßen Fiktion einer „globalen, homogenen Elite" von MultimilliardärInnen wie Bill Gates und der Pharmaindustrie, die die Politik und die Medien gleichgeschaltet hätten. Auch wenn die Einschätzungen auseinandergehen, so finden sie doch ihren gemeinsamen Punkt in der Ablehnung jedweder Einschränkung aufgrund von SARS-CoV-2, seien sie noch so geringfügig wie das Tragen von Mund-Nasen-Masken im öffentlichen (Eng-)Raum.

Die Freiheit, die sie meinen, entpuppt sich als Rücksichtslosigkeit, als blanker Egoismus. Diese Doppelbödigkeit ist der Freiheit im Kapitalismus selbst nicht fremd. Schließlich beinhaltet die Freiheit des Privateigentums, die diesem System zugrunde liegt, die Freiheit der einen, uneingeschränkt wirtschaften zu können, das Elend und die Eigentumslosigkeit anderer auszunutzen – ob im Ausbeutungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital oder in der Unterordnung von Gesundheit und Umwelt unter die privaten Profitinteressen. Wir sagen es offen: Diese falsche Freiheit brauchen wir nicht zu verteidigen. Wir tragen MN-Masken, damit die Einschränkung des

Virus möglichst erfolgreich sein kann. Auch wenn es uns individuell um ein Quantum unseres üblichen Alltagsverhaltens einschränkt, so ist dies doch notwendige gegenseitige Rücksicht unter den gegebenen Bedingungen (fehlender Impfschutz, keine flächendeckenden Tests auf Infektion und Immunität).

Andererseits dürfen wir nicht dem Trugschluss auf den Leim gehen, dass sich die Existenz von Corona dadurch bestätigt oder falsifiziert, nur weil auf der einen oder anderen öffentlich stattfindenden Massenveranstaltung (k)eine Infizierung stattfindet. Auch auf Demonstrationen und Aktionen treten wir wie alle anderen Linken, die die Gesundheitsfrage – und damit die Lebensinteressen der Bevölkerung – ernst nehmen, dafür ein, Masken zu tragen. Zugleich lehnen wir aber jede politische Einschränkung des Demonstrationsrechts durch die Regierungen ab, weil wir für notwendigen Schutz gegen Gesundheitsgefährdung und die Abwälzung der Krisenkosten auf die ArbeiterInnenklasse alle Mittel des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes brauchen werden – ansonsten drohen Massenentlassungen, Verelendung, Wohnungsräumungen etc.

Während sich die Corona-SkeptikerInnen als Opfer der Repression und der Unterdrückung wegen ihres Verstoßes gegen die Hygiene-Vorschriften hinstellen, offenbart das brutale Vorgehen der Berliner Polizei gegen eine Solidaritätsdemonstration mit der/dem von der Räumung bedrohten linken Kneipe/Treffpunkt Syndikat, wo der Staat den/die wirkliche/n GegnerIn ausmacht. Dutzenden TeilnehmerInnen dieser linken Demo gegen Räumung und Gentrifizierung wurden von der Straße geknüppelt, niedergerannt und zum Teil schwer verletzt – und das obwohl sie Masken trugen und auf die Gesundheitsvorschriften achteten. Wenn es um Repression von Protest für fortschrittliche soziale oder politische Anliegen geht, pfeift nicht nur die Berliner Polizei freilich auf Hygiene-Schutz und wird zum doppelten Gesundheitsrisiko.

Natürlich versuchen auch die Corona-SkeptikerInnen, für ihre Mobilisierung solche und andere reale Missstände mit auszunutzen – freilich nur, um sie in eine reaktionäre Gesamtkonzeption einzupassen. Wir werden diese demagogischen Tricks freilich nicht bloß durch Argumente abwehren

können. Die ArbeiterInnenbewegung und die Linke müssen ihrerseits die Maßnahmen der Regierung einschließlich ihrer Widersprüche anprangern.

So will die GroKo für UrlauberInnen an Flughäfen verpflichtende Tests einführen. Zwar halten wir das prinzipiell für gerechtfertigt, jedoch stellen sich hier einige Fragen wie: Wer zahlt die Tests? Wer zahlt für mögliche Quarantäneschritte? Ist das dann unbezahlter Urlaub? Kommt das Unternehmen dafür auf? Wieso erhält die Reiseindustrie solche Hilfsmittel, aber der gesamte Pflegebereich nicht? Ein weiteres Beispiel ist der drohende Missbrauch mit notwendigen Einschränkungen des Alltags. So wurden von der Polizei in den letzten Wochen in bereits vier Bundesländern die Anwesenheitslisten von öffentlichen Gaststätten für „Ermittlungen" missbraucht.

Das zeigt, dass wir niemals blindes Vertrauen in die Einschränkung demokratischer Rechte durch einen bürgerlichen Klassenstaates setzen dürfen. Wir müssen eine unabhängige Perspektive aufzeigen, die sich nicht der Ideologie des notwendigen Übels an allen Ecken und Enden anschließt. Deshalb lehnen wir die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführungen mit den Maßnahmenpaketen der GroKo im Schulterschluss mit den UnternehmerInnenverbänden kategorisch ab. Die selbstauferlegte Friedenspflicht der ArbeiterInnenbürokratie muss politisch bekämpft werden. Die Passivität von Oppositionsparteien wie der Linkspartei darf nicht unkommentiert bleiben. Es ist auch ihr Stillschweigen, das das Erstarken dieser neurechten Bewegung ermöglicht.

Was brauchen wir?

Wir brauchen also eine Bewegung, die Widerstand gegen die Maßnahmen von Staat und Kapital organisiert und gleichzeitig das gesundheitliche Wohl durch von der ArbeiterInnenklasse kontrollierte Hygienemaßnahmen durchsetzt. Eine solche Bewegung muss die falsche Opposition von Querdenken 711, Widerstand 2020 und KDW, die in braunen Gewässern fischen und gefischt werden, ablehnen. Wo nötig, muss sie sich ihnen entgegenstellen. Vor allem müssen wir eine breite Anti-Krisenbewegung aufbauen, die eine klassenpolitische Antwort auf die Krise gibt.

Wir brauchen eine Zusammenführung der verschiedenen sozialen Kämpfe der letzten Monate, z. B. der beeindruckenden Mobilisierungen von BLM und von Kampagnenorganisationen wie Migrantifa oder der Fridays-for-Future-Bewegung, die im September wieder einen internationalen Streik organisieren möchte. Wir müssen betriebliche Aktionen wie gegen die Entlassungen bei Galeria Karstadt Kaufhof miteinander ebenso verbinden wie mit dem Kampf für das Mietmoratorium, die Enteignung der Immobilienkonzerne oder die #LeaveNoOneBehind-Kampagne gegen das Sterben im Mittelmeer.

Die Aufgabe dieser Bewegungen und Kämpfe ist es, gemeinsame Antikrisenbündnisse aufzubauen und eine Großdemonstration im Herbst unter dem Motto „Wir zahlen weder für Krise noch Virus“ zu organisieren. Sie müssen den Druck auf die Gewerkschaften und bürgerlichen ArbeiterInnenparteien erhöhen, mit Koalitionspolitik und SozialpartnerInnenschaft zu brechen. In den vergangenen Monaten haben diese bewiesen, dass sie nicht willens sind, selbstständig solche Bewegungen aufzubauen – wir müssen sie dazu zwingen! Nur so kann der ArbeiterInnenklasse, aber auch auch Teilen des verängstigten KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten gezeigt werden, dass der Widerstand gegen die Rettungspakete fürs Kapital, während ein Großteil der Bevölkerung mit Brotkrumen abgefertigt wird, möglich ist und mit dem Kampf gegen die Gesundheitsgefahr verbunden werden kann und muss.

Wir werden versuchen, nach unseren Möglichkeiten, eine solche Bewegung aufzubauen und fordern alle Organisationen und Parteien, die diese Einschätzung teilen, auf, ihr beizutreten, das Notwendige zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Say their names: Shukri Abdi!

Resa Ludivine

Kennst du eigentlich Shukri Abdi?

Nein? Du solltest aber ihren Namen kennen. Shukri Abdi aus Somalia war gerade mal zwölf Jahre alt, als sie starb. Als schwarze Muslima hatte sie es nicht leicht. Erst musste sie fliehen und dann in England, vermeintlich in Sicherheit, wurden ihr ihre Mitschüler_Innen zum Verhängnis. "Get in the water or I'll kill you" haben ihr Mitschüler_Innen gesagt, die sie zuvor gemobbt hatten. Fünf gegen Eine. Shukri ertrank im Fluss.

Vor Gericht sagten die anderen Kinder aus, dass Shukri um Hilfe geschrien hatte. Nur ein Kind versuchte, ihr zu helfen. Die anderen Kinder sahen es auch nicht für notwendig an, Hilfe zu holen. Eines der Kinder soll sogar zugegeben haben, dass es beim Anblick von Shukris Kampf mit dem Wasser wusste, dass sie sterben würde.

Ein tragischer Einzelfall also? Rassistisches, aber auch antisemitisches Mobbing oder Mobbing aufgrund deiner sexuellen Identität gehören nicht nur in Shukris Fall, sondern wahrscheinlich an jeder Schule zur Tagesordnung. Die Kinder und Jugendlichen versuchen zumeist zu verstecken, wofür sie diskriminiert werden. Kommt es dennoch zu Mobbingvorfällen, Hänseleien oder Beleidigungen durch Mitschüler_Innen oder das Lehrpersonal ist der letzte Ausweg oft der Schulwechsel. Aber als nicht-weiße Person kannst du dich in einer Umgebung, die vor allem weiß dominiert ist, wie in Deutschland, England oder den USA, nicht verstecken.

Die Polizei sprach nach dem Ertrinken von Shukri von „keinen verdächtigen Umständen“, die zu ihrem Tod geführt hätten. So schützt die Polizei nicht nur Jeden vor dem Verdacht des Mobbings (was an sich schon schlimm genug und viel zu oft klein geredet wird), sondern auch Jeden vor dem Vorwurf des Rassismus. Denn hätte man Mobbing oder Diskriminierung ernstgenommen, wäre Shukri wohl heute noch am Leben. Doch hält man es allzu oft nur für eine Kleinigkeit, eine Kleinigkeit unter Kindern, ein paar „kleine“ Witze, eine „kleine“ Beleidigung.

Schaut man sich die Zahlen der letzten Jahre (am Beispiel Berlin) an, sieht man, dass die meisten dokumentierten Vorfälle von Diskriminierung – auf der Straße und in der Schule – rassistisch motiviert sind. Im Schuljahr 2016/17 waren es 106 von 170 Vorfällen, die bei offiziellen Stellen eingegangen sind. Doch ist die Dunkelziffer, gerade bei abgeschlossenen Räumen im persönlichen Sozialraum, in dem auch noch Hierarchien (bspw. Lehrer_In-Schüler_In) vorhanden sind, bekanntermaßen größer. Allerdings macht das Nichtvorhandensein dieser Zahlen das Problem und die Bedrohung, die von Rassismus ausgeht, nicht weniger real. Wie real, wurde 2018, bei einem Besuch einer Schule, in der es rassistische Vorfälle unter der Lehrer_Innenschaft gab, durch die schwarze Anti-Diskriminierungsbeauftragte Saraya Gomis demonstriert. Saraya wurde bei ihrer Intervention rassistisch diskriminiert bis dahin, dass eine Lehrerin zum „Protest“ eine Affenmaske trug. Mittlerweile ist sie von ihrem Amt zurückgetreten. In diesem Umfeld sollen also Kinder Antirassismus, sowie Antidiskriminierung leben und lernen?

Am 27.6.2019 endete das kurze Leben von Shukri Abdi. Erst ein Jahr später, da nun die Proteste für die Gleichberechtigung schwarzen

Lebens Millionen Menschen weltweit auf die Straße treiben, werden auch Stimmen
in der Lokalpolitik lauter, die eine weitreichendere Untersuchung zur Aufklärung des Todes fordern.

Das war auch kein tragischer Einzelfall, sondern Alltag.

Shukri ist eine von Tausenden. Unsichtbar. Nicht so brisant
wie Polizeigewalt, weil dort das Machtgefälle offensichtlicher verteilt scheint und es offensichtlich der bürgerliche Staat ist, der seine Machtposition ausnutzt. Doch Rassismus ist ein System, das schon in Kindertagen anfängt. Nicht weil Kinder von Geburt an rassistisch wären, sondern weil eine zunehmend
rassistische Gesellschaft von Anfang an Diskriminierung vorlebt und weißen Privilegien
kein Alter nennt. Diese Privilegien bestimmen schon vor der Geburt den Zugang
zu Krankenversorgung, Behandlung durch das medizinische Personal, später dann
die Aufnahme in Schulen usw. Sich dessen bewusst zu werden, ist zwar ein erster
Schritt, bringt den Betroffenen dennoch nichts. Zu dem Vorsatz „kein Täter werden“ gehört nämlich auch Solidarität. Solidarität kann man lernen und hätte
Shukri im Todeskampf wohl auch geholfen. Eine vollständige Gleichberechtigung
kann es nicht allein durch das Bewusstwerden weißer Privilegien hergestellt werden. Wir müssen diese Privilegien abschaffen und auf den Müllhaufen der Geschichte deponieren, sowie das System, das hinter dem Rassismus steckt, bekämpfen.
Denn es sind nicht nur rassistische Positionen und Einzelpersonen, sondern es ist
ein System. Ein System, das auf Abhängigkeit beruht- so z.B. zwischen imperialistischen Nationen und Halbkolonien. Im Kapitalismus wird es keine Lösung für dieses Problem geben. Die Devise ist also: Kein Antirassismus

ohne
Sozialismus und kein Sozialismus ohne Antirassismus!

Das war die Geschichte von Shukri Abdi. Rest in power.

Krisenstimmung auch in der EU

Flo Schwerdtfeger

„Whatever the weather, we must move together!“ titelte ein
Propagandaplakat für den Marshall-Plan in den 50ern. Darauf zu sehen war eine Windmühle,
deren Blätter die einzelnen Länder Europas waren. Symbolisiert werden sollte
Einigkeit und ein gemeinsames Handeln als europäischer Kontinent. Wenn es sie
überhaupt einmal gab, so sind diese Zeiten der Einigkeit aber lange wieder vorbei. Nicht erst seitdem sich Großbritannien aus der EU verabschiedet hat. Die Uneinigkeit findet sich wieder in der Frage, welcher Staat wieviele oder überhaupt Flüchtende über die Grenze lassen müsse. Sie findet sich in der Umweltpolitik wieder, wo an der einen Stelle Kernkraft aufgegeben, an der anderen aber erst aufgebaut wird. Sie findet sich aber auch da wieder, wo die
Staaten Mittel- und Westeuropas, wie Deutschland, Frankreich und das UK, nach
der Wirtschaftskrise 2008/09 die Mittelmeerstaaten ausbluten ließen, um ihre
Schulden zu tilgen. Besonders jetzt durch die Pandemie werden die Effekte weiter verstärkt und spitzen sich zu. In diesem Artikel wollen wir ein wenig versuchen, die Fronten innerhalb der EU nachzuzeichnen.

Dieses mal mit den Rechten

Seit Jahren lässt sich der stetige Aufstieg der Rechtspopulist_Innen beobachten, in einigen Ländern wie Ungarn oder Italien sind sie sogar an der Regierung. Als Folge des Versagens der Linken eine Antwort auf die sozialen Angriffe nach der Krise 2007/08 zu bieten, erstarkten in vielen Ländern wieder konservative und nationalistische Ideen und Parteien. Seit der Fluchtbewegung 2015 wurde die Festung Europa wieder stärker ausgebaut und der Kontinent abgeschottet gegenüber Menschen, die vor Krieg und Ausbeutung flüchten. Die Menschen, die es dann doch nach Europa schaffen, werden zwischen den Ländern hin- und hergeschoben, weil niemand sie wirklich aufnehmen will. Und obwohl sich die Rechtspopulist_Innen meist als Europäer_Innen darstellen und behaupten, den Kontinent gegenüber „Invasoren“ zu verteidigen, sind sie es auch, die die EU am liebsten abschaffen würden und ihre eigenen Nationalstaaten wieder aufleben lassen wollen. Dabei ist nicht nur das UK mit dem Brexit das Paradebeispiel, auch in Italien mehren sich die Stimmen, die einen Austritt aus der EU fordern.Selbst in Ländern, in denen sich noch „liberale“ oder immerhin „proeuropäische“ Regierungen halten konnten, sitzt diesen heute eine stärkere Rechte im Nacken als dies noch zur letzten Krise der Fall war.

Und in der Pandemie verschärft sich die Situation nur noch weiter: In Deutschland stellt sich die AfD verstärkt als Verteidigerin der Freiheit und Grundrechte dar, indem sie gegen die Einschränkungen, die durch die Pandemie entstehen, demonstrieren. In Ungarn erhöht sich Viktor Orban immer mehr zum Alleinherrscher, indem er per Notstandsgesetze am Parlament vorbeiregiert, und in Großbritannien wurde zum Glück noch vom Ansatz der Herdenimmunität wieder abgerückt.
Wenn es nicht einmal geschafft wird, den am schwersten betroffenen Nachbarstaaten mit medizinischen Materialien und Personal auszuhelfen, offenbart sich auch wie schlecht es mit den humanistischen Idealen der EU in der Praxis aussieht

Zwischen den Fronten

Der EU macht aber auch die globale Konkurrenz zu schaffen. Sie wird ja meist als weiterer Machtblock in der Welt gehandelt, besonders wenn es darum geht, eine gemeinsame Armee aufzustellen, um sich gegenüber

Russland, China oder den USA zu behaupten.
Aber nicht nur militärisch stellen diese Staaten eine Bedrohung dar, sondern auch wirtschaftlich. Erkennbar wird das durch die starken Verflechtungen, durch Handels- oder Produktionsstrukturen. China hat z.B. ein doppelt so hohes Exportvolumen in die EU wie umgekehrt.
Dazu kommt der direkte Einfluss Chinas auf europäische Unternehmen und Länder. So hält zum Beispiel das chinesische Unternehmen Cosco mehr als 50% der Anteile an dem Hafen Piräus´, einer der größten griechischen Häfen. Auch in Italien war China da – und nicht etwa die EU – wenn es um medizinische Unterstützung ging während der Corona-Hochphase.

Es ist abzuwarten, wie genau sich die globale Konkurrenz fortführen wird. Solange der amerikanische Kontinent das Epizentrum der Pandemie bleibt und die USA nur zu Verzweiflungshandlungen fähig ist, wird demgegenüber der Einfluss Chinas umso wichtiger. In China wurde die Produktion viel schneller als anderswo wieder hochgefahren und genau dann, als die Produktionen der EU und der USA aussetzten, konnte China seine Macht ausbauen, indem sie die entstehenden Versorgungslücken decken und so viel mehr Export erbringen konnten.

Angriffe auf die Sozialsysteme

An anderer Stelle offenbart sich die Spaltung Europas als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise 2010/11. Bis heute ist vor allem der Mittelmeerraum durch die Sparmaßnahmen geprägt, die vor allem von Deutschland auferlegt worden sind. Besonders hart hat es dabei Griechenland getroffen, aber auch Spanien und Italien durchleben ähnliches. Gestützt durch Deutschland und Frankreich wurden damals Kredite an die verschuldeten Staaten ausgegeben. Der Haken daran ist nicht nur, dass diese Kredite samt Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen. Vor allem sind sie auch an Maßnahmen des sozialen Kahlschlags in den jeweiligen Ländern gebunden worden, überwacht – und exekutiert – durch eine von der EU vorort installierte Troika. Die Sparmaßnahmen trafen Renten- und andere soziale Leistungen, hatten einen großen Stellenabbau zur Folge, schlugen sich aber eben auch in Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Privatisierungen nieder.

Wohin diese Kürzungen führten, sah und sieht man heute besonders in Italien. Ein Grund für die hohe Sterberate während der Pandemie ist, dass so wenig Personal und Ausrüstung auf den Intensivstationen vorhanden waren, da dem Gesundheitssystem fast 37 Milliarden Euro an Investitionen fehlen.

Obwohl die großen Imperialisten wie Deutschland und Frankreich viel davon profitiert haben, die südeuropäischen Länder kleinzuhalten und sich an ihnen zu bereichern, sind sie auch davon abhängig, dass in ihnen eine gewisse Stabilität herrscht, wenn es um Absatzmärkte, Produktionsketten oder Investitionsströme geht.

Was sollen die Krisenmaßnahmen sein?

Irgendetwas muss die also EU tun, um die Krisenfolgen abzufedern, auch in den Ländern, die besonders stark betroffen sind, darin sind sich eigentlich alle einig.

Die Streitfrage ist allerdings wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen.

Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich tun sich dabei Widersprüche auf. Einerseits ist Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland) ziemlich stark von der Corona-Krise betroffen und daher selbst schon an guten Konditionen für Hilfsmaßnahmen interessiert. Zusätzlich würde auch eine weitere Schwächung der anderen Länder wie Italien die Vormachtstellung von Deutschland weiter verstärken, was ebenso nicht im Sinne Frankreichs ist. Frankreich steht in diesem Konflikt also eher auf der Seite der hochverschuldeten Staaten, während Deutschland an dem alten Modell mit Zurückzahlung unter Zinsen festhalten will.

Der erste Vorschlag waren sogenannte Corona-Bonds in der

Höhe von 1,5 Billionen Euro. Diese sollten sich im ersten Entwurf an die Euro-Bonds anlehnen, die nach der Schuldenkrise ausgegeben wurden. Dabei wird von der EU ein Kredit an Länder ausgegeben, die Unterstützung benötigen. Das Problem an der Sache ist, dass diese Bonds mit Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen, wodurch den betroffenen Staaten nicht wirklich geholfen ist, da sie so über Jahrzehnte an diese Rückzahlung gebunden sind. Im zweiten und aktuelleren Entwurf ist nur noch von 500 Milliarden Euro die Rede, dafür aber als Auszahlung, die ohne Zinsen zurückgezahlt werden soll. Besonders die stark betroffenen Länder wie Frankreich, Spanien und Italien sollen davon profitieren. Probleme könnte es dafür besonders von den EU Staaten im Norden und Osten geben, da diese wahrscheinlich mehr Geld geben werden als sie bekommen. Dadurch könnten weitere Spannungen, besonders in den sowieso schon EU-skeptischen Ländern wie Polen und Ungarn entstehen.

Innerer Widerspruch und dessen Lösung

Es ist ein Widerspruch an sich, dass sich imperialistische Staaten und damit auch die Kapitalist_Innen der Länder zu einer Einheit zusammenschließen. Eigentlich versuchen Sie sich nämlich gegenseitig zu verdrängen und Halbkolonien zu ihren Absatzmärkten zu machen.

Die EU kann daher nur als Gegenprojekt zu den anderen Imperialisten wie China, USA, Russland existieren. Dieser Burgfrieden ist aber bröckelig, denn besonders die westeuropäischen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien streben nach der Führung.

Oberflächlich betrachtet ist die EU ein Beispiel dafür, dass Schritte weg vom Nationalstaat möglich sind. Es wäre eine Schande, die Errungenschaften der

internationalen Verflechtungen auf industrieller und kultureller Ebene wieder
aufzulösen, nur um in chauvinistische Nationalstaaten zurückzukehren, die sich
alle untereinander verfeindet sind. Nur sind halt viele der Träume der EU nicht
mehr zu finden. Die Humanität stirbt an den Außengrenzen. Im Innern wird die
bestehende Ungleichheit durch Bürokratie und Sparmaßnahmen noch verschärft und
letztendlich bleibt sie nur ein Zusammenschluss, zur Verwirklichung der
wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Kapitale.

Wirkliche Vereinigung kann Europa nur erfahren ohne die
auseinandertreibende Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz. Die bestehenden
Verbindungen müssen von der europäischen Arbeiter_Innenklasse genutzt werden,
um sich international zu organisieren und der EU nach vorne zu entkommen: In
die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Stoppt die Angriffe auf LGBTI+ Personen in Polen und Ungarn!

Sani Meier

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus‘ lässt sich beobachten, dass in manchen Ländern die aktuellen Dynamiken genutzt werden, um Gesetze zu beschließen, die zuvor durch starke Proteste abgewendet wurden. Die überall stattfindenden momentanen

Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechtes sind dafür eine optimale Grundlage, da sie Massenproteste weitestgehend behindern. Besonders deutlich wird dies an den jüngsten Entwicklungen in Ungarn & Polen, wo besonders die Rechte von LGBTIA-Personen und Frauen massiv eingeschränkt werden.

Ungarn:
Verweigerung der Geschlechtsanpassung in offiziellen Dokumenten

In Ungarn hat
so der Staatspräsident János Adler unter anderem jenes umstrittene
Gesetz unterzeichnet, welches trans- und intergeschlechtlichen Menschen die
rechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die Änderung des
Personenstandsgesetzes in Kraft, welche Teil eines Gesetzespakets rund um die
Coronakrise war. Dieses Gesetz bedeutet, dass in allen Dokumenten nur noch das
Geschlecht eingetragen wird, das bei der Geburt festgelegt wurde. Trans- und
Interpersonen können es später nicht mehr in ihr gelebtes Geschlecht ändern lassen, was zu ständiger Diskriminierung im Alltag führen wird. Grundlage dieses Gesetzes ist die reaktionäre Annahme, dass lediglich 2 biologische Geschlechter existieren, die über die Chromosomen bestimmt werden können und
leugnet, dass es auch eine Geschlechtsidentität gibt, die unabhängig vom biologischen
Geschlecht sein und sich im Laufe des Lebens auch ändern kann. Trotz internationaler Proteste dagegen wurde das Gesetz letzte Woche mit den Stimmen
der rechtskonservativen Mehrheit beschlossen. Nun muss noch vom Verfassungsgerichtshof entschieden werden, ob es gegen die gesetzliche Garantie
der Menschenwürde verstoßen würde. Dieser Beschluss war zwar bisher gültig,

konnte aber trotzdem nicht verhindern, dass schon seit Längerem Anträge auf
Geschlechtsanpassungen von Trans-Personen ignoriert wurden, da man bereits auf
eine entsprechende Gesetzesänderung gewartet hat.

Dieser massive Angriff auf die Rechte von Trans- und
Interpersonen reiht sich ein in weitere Angriffe der regierenden Fidesz-Partei auf Arbeiter_innen- und Minderheitenrechte. Ministerpräsident Viktor Orban propagiert seit Langem öffentlich ein ultra-konservatives Familienbild und sorgte bereits dafür, dass alle Studiengänge zum Thema „Gender-Theorien" an
ungarischen Universitäten verboten wurden. Auch aus popkulturellen Events wie
dem „Eurovision Songcontest" zog sich Ungarn zurück, da eine solche Veranstaltung „zu schwul" sei und die Gesundheit der Nation vergiften würde.

**Polen: Verbot
von Abtreibungen & öffentlicher Sexualaufklärung**

Auch in Polen
haben Gesetzesentwürfe zum vollständigen Verbot von Abtreibungen und zum Verbot
von öffentlichem Sexualkundeunterricht die erste parlamentarische Hürde genommen. Beide Gesetze wurden als Bürgerinitiativen von ultrakonservativen Organisationen eingebracht. Schon seit 1993 hat das Land
nach einer Kampagne der katholischen Kirche eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas: Abtreibung ist offiziell nur bei Schädigung des Fötus, bei Gefahr für die Frau und nach Inzest oder Vergewaltigung erlaubt. Offiziell registrieren die Behörden jährlich gut 1000 Abtreibungen. Die echte Zahl liegt Frauenrechtler_innen zufolge bei mindestens 150.000. Zehntausende
Polinnen treiben im Untergrund oder mit Abtreibungspillen zu Hause ab oder fahren zur Abtreibung etwa nach Deutschland oder Tschechien. Ersteres

birgt ein
hohes gesundheitliches Risiko für die Frauen (laut Ärzte ohne Grenzen sterben
jedes Jahr rund 22.800 Frauen an den Folgen unsachgemäßer
Schwangerschaftsabbrüche), während die Reise in ein anderes Land eine
zusätzliche finanzielle Belastung mit sich bringt. Nun sollen diese auch noch
vollständig verboten werden. Dass dies nicht zu insgesamt weniger Abtreibungen
führen wird, sondern lediglich zu mehr illegalen Eingriffen, ist absehbar. Der von der regierenden
PiS-Partei gestellte Präsident Andrzej Duda erklärte, er werde ein komplettes
Abtreibungsverbot unverzüglich unterschreiben.

Ein weiteres Gesetz ermöglicht bis zu 3 Jahren Haft für jegliche
öffentliche Sexualerziehung. Begründet
wird dies durch eine angebliche „sexuelle Verführung und Demoralisierung“ und
„große Unsicherheit der Gesundheit“ der polnischen Jugend durch Sexualkunde,
Verhütung und Aufklärung über Masturbation, Homosexualität, Antidiskriminierung
oder Toleranz. Sexualerziehung sei zudem eine „Spielwiese für Schwule, Lesben
und Pädophile“. Die Gleichsetzung von Homosexualität mit Pädophilie ist ebenso
absurd und reaktionär wie die These, offene Sexualaufklärung würde zu
gesundheitlichen Risiken führen.

Doch auch diese Entwicklungen in Polen sind leider nicht überraschend,
wenn man sich die gesellschaftlichen Dynamiken anschaut: Hier sind gewaltsame
Angriffe auf Pride-Demos durch Rechtsextreme keine Seltenheit und mittlerweile
hat sich rund ein Drittel Polens zu sogenannten „LGBTIA-freien Zonen“ erklärt.

In diesen Gebieten können Personen, die nicht in die ultra-konservativen Vorstellungen von Geschlecht und Familie passen, ihre Identität nicht frei ausleben und sind ständiger verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt. Betroffene berichten von täglichen homophoben Angriffen bei gleichzeitiger Ignoranz und fehlendem Schutz durch die Behörden, welche in solchen Angriffen kein Problem sehen würden.

Symptome des internationalen Rechtsrucks

Dass diese traurigen Entwicklungen in Polen und Ungarn gerade jetzt passieren, ist kein Zufall. Sie haben sich im Zuge des internationalen Rechtsrucks angebahnt und sind nun im Schutz der Corona-bedingten Grundrechtseinschränkungen in vollem Gange. In Polen ist seit 2015 die rechtskonservative Prawo i Sprawiedliwość (kurz: PiS, dt: Recht und Gerechtigkeit) an der Regierung und verabschiedet reaktionäre Gesetze, während gleichzeitig eine starke faschistische Szene regelmäßig durch Angriffe auf Linke auffällt. Auch in Ungarn ist mit Victor Orban ein Rechtspopulist an der Macht, welcher durch die faschistische Partei Jobbik (dt. Bewegung für ein besseres Ungarn) gestützt wird. Doch auch abseits dieser beiden Länder lässt sich im Großteil der Welt ein Rechtsruck beobachten: Sei es Trump in den USA, die FPÖ in Österreich, der Rassemblement National in Frankreich, Bolsonaro in Brasilien oder die AfD in Deutschland. Dieser internationale Rechtsruck wurde vor allem durch die letzte weltweite Finanzkrise 2007/08 ausgelöst, welche zu großen Teilen auf dem Rücken der Arbeiter_Innenklasse abgewälzt wurde, welche sich auch heute noch in einer Führungskrise befindet, da keine größere Organisation existiert, die ihre Gesamtinteressen vertritt und

eine klare Perspektive bietet. Dies führte vor allem dazu, dass sich die bestehenden Parteien immer mehr nach rechts bewegten und neue rechte Kräfte
erstarken konnten.

Woher kommt die LGBTIA- Unterdrückung?

Wie bereits
erwähnt, fußt die Unterdrückung von LGBTIA- Personen darauf, dass sie vom traditionellen heteronormativen Familienbild abweichen. Dass dieses Familienkonzept besonders durch den Staat geschützt wird, ist kein Zufall, sondern hat vor allem ökonomische Gründe. Die bürgerliche Kernfamilie sorgt
nämlich vor allem dafür, dass Arbeitskraft im Privaten wieder reproduziert wird: Das beinhaltet all das, was benötigt wird, damit Arbeiter_Innen am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen können, also z.B. Essen, Schlafen, Waschen
etc. All diese Dinge finden unbezahlt innerhalb des privaten Haushalts der Familie statt und werden vor allem durch Frauen geleistet, die diesen durch sogenannte Reproduktionsarbeit am Laufen halten. Sie kochen, putzen, waschen
Wäsche, leisten emotionale Arbeit und sorgen durch die Kindererziehung dafür,
dass auch diese später Lohnarbeit leisten. Und das alles ohne dafür bezahlt zu
werden. Der Staat profitiert also von diesem Familienkonstrukt, da dieses die unentlohnte Reproduktion von Arbeitskraft sicherstellt. Staatliche Institutionen versuchen deshalb die klassische Familie zu schützen, aufrechtzuerhalten und zu promoten, während sie andere Familienentwürfe zu marginalisieren
versuchen. Natürlich wurden in vielen Ländern bereits riesige Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung von der bürgerlichen Norm abweichenden Lebens- und
Geschlechtsvorstellungen erkämpft. Die Situationen in Ungarn und Polen zeigen

uns jedoch, dass diese schnell wieder zurückgenommen werden können, solange die
sozio-ökonomische Grundlagen für LGBTIA-Unterdrückung nicht angegriffen werden.

Es wird also
klar, dass durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familie nicht nur LGBTIA-Personen
ausgegrenzt und diskriminiert werden, sondern auch vor allem Frauen ausgebeutet
und unterdrückt werden. Ihre Repression basiert auf der gleichen Grundlage: Dem
Kapitalismus, welcher die bürgerliche Familie benötigt, um Arbeit möglichst effektiv auszubeuten. Deshalb muss der Kampf um die Befreiung von LGBTIA-Personen zwangsläufig mit den Kämpfen von Frauen und der Arbeiter_Innenklasse
gegen den Kapitalismus geführt werden!

**Wir fordern
deshalb:**

- Die Abschaffung aller Gesetze die LGTBIA-Personen diskriminieren und verfolgen!
- Das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung! Kein kapitalistischer Staat darf zum Schiedsrichter über
  unsere Geschlechtsidentität werden!
- Uneingeschränktes Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und Geschlechtsangleichung, sowie freien Zugang zu
  Informationen & freiwilliger Beratung!
- Selbstverteidigungskomitees zum Schutz vor organisierten homo- und transphoben Faschist_Innen!

Moria Interviews – TEIL 2 / 2: „Es war, als ob sie gar nicht existierten“

Interview mit Karl, der als freiwilliger Helfer auf der griechischen Insel Lesbos von Faschist_innen angegriffen wurde

Die Meldungen über die Corona-Pandemie überschlagen sich, während sich kaum jemand mehr für die schreckliche Situation an den europäischen Außengrenzen interessiert. Auf den griechischen Inseln dicht vor der Türkei bekommen die dort internierten Geflüchteten die Brutalität der Festung Europa besonders zu spüren. Insbesondere auf der medial bekanntgewordenen Hotspot-Insel Lesbos konnten sich im Windschatten einer rechten Regierung, die von der EU die nötigen Mittel für ihren grausamen Job als europäischer Türsteher bereitgestellt bekommt, faschistische Strukturen etablieren.

Wir haben mit dem Opfer eines faschistischen Angriffes gesprochen und ihm einige Fragen gestellt, um uns ein genaueres Bild von der Situation zu verschaffen. Unser Interviewpartner heißt Karl (Name von der Redaktion geändert), ist norwegischer Staatsbürger und arbeitet als freiwilliger Helfer und Fotograph auf der Insel.

Revo: Hey Karl, schön, dass du Zeit gefunden hast, um mit uns zu sprechen. Vielleicht kannst du uns erst einmal kurz berichten, wie es zu dem Angriff kam?

Karl: Der Angriff fand an einem späten Sonntagabend statt. Es war bereits dunkel. Ich war in Moria

(Anmerkung der Redaktion: größtes Geflüchtetencamp auf den griechischen Inseln mit über 20 000 Bewohner_innen), um dort eine Fotoserie zu machen. Als ich im Camp hörte, dass alle Zufahrtsstraßen nach Moria von Faschist_innen blockiert wurden, sprang ich mit 4 Freund_innen mit Fluchthintergrund ins Auto, um schnell weg in die 8km entfernte Stadt Mytilini zu gelangen. Wir nahmen eine weniger befahrene Seitenstraße und hofften so unbemerkt fortkommen zu können. Doch nahe einer Tankstelle stellten sich uns ca. 100 schwarzgekleidete und maskierte Menschen in weg und sprangen vor mein Auto.

Revo: Und dann haben sie euch angegriffen?

Karl: Genau. Es ging alles ziemlich schnell und kam mir vor wie in einem Film. Wenn ich mich zurückerinnere, höre ich vor allem die Geräusche in meinen Ohren: das Klirren zerschlagener Autoscheiben und laute Schreie. Die Faschist_innen öffneten die Türen meines Autos, zogen uns heraus und drückten uns auf die Erde, begleitet von Tritten in die Seite. Während sie mich festhielten, nahmen sie mir meine Kamera ab und zerstachen einen Reifen meines Autos. Aufgrund der Maskierungen konnte ich keine Gesichter sehen aber ich erkannte, dass es sich um Frauen und Männer, alte und junge Menschen handelte. Mit der Kamera hatten sie vermutlich, was sie wollten, und ließen mich dann mit meinem kaputten Auto auf 3 Reifen mit einem lautstarken Schleifgeräusch von Metall auf Straße weiterfahren.

Revo: Und was passierte mit deinen Freund_innen?

Karl: Das konnte ich erst im Nachhinein herausfinden, da wir während des Angriffes sofort getrennt wurden. Es hat mich total fertig gemacht, nicht zu wissen, wie es ihnen geht und ich hatte sogar Angst, dass sie nicht mehr lebten. Ich habe sie dann später in Moria und einem anderen Camp

wiedergetroffen und glücklicherweise konnten alle fliehen, sodass ihnen nichts Schwerwiegendes passiert ist. Einige hatten trotzdem Wunden von den Schlägen und Tritten der Faschist_innen und auch ihnen wurden die Handys gestohlen.

Revo: Bist du dann zur Polizei gegangen?

Karl: Ja aus versicherungstechnischen Gründen musste ich das tun. Ganze 6 Mal war ich auf der Polizeistation. Am Ende erhielt ich einen ziemlich ausführlichen Bericht vom ganzen Tathergang. Allerdings fehlte etwas ganz Entscheidendes: Meine nicht-europäischen Freund_innen wurden mit keiner Silbe erwähnt. Und das, obwohl ich der Polizei detaillierte Auskünfte über Namen und Ausweisnummern meiner Mitfahrer_innen gab. Es war, als ob sie gar nicht existierten.

Revo: Hat dich das überrascht?

Karl: Nein eigentlich nicht. Einige der Beamten schauten mich jedes Mal so an, als ob ich gerade 10 Menschen auf einmal getötet hätte. Sie scheinen alle zu hassen, die irgendetwas mit Geflüchteten oder NGOs zu tun haben. Ein Freund von mir, der ebenfalls von Faschist_innen angegriffen wurde, hat mir erzählt, dass er beobachten konnte, wie ein Polizeibeamter der ganzen Situation genüsslich zugeschaut hat.

Revo: Du hast also schon von mehreren solcher Angriffe gehört?

Karl: Ja, das ist mittlerweile zum Alltag auf der Insel geworden. Das öffentliche Leben für die Geflüchteten ist dadurch stark eingeschränkt und die Arbeit von NGOs und Freiwilligen quasi unmöglich. Viele NGOs haben ihre Mitarbeiter_innen bereits von der Insel abgezogen, was die Situation in den Camps noch unerträglicher macht. Noch am selben Abend wurden viele weitere Autos zerstört. Vor einigen Tagen sind Faschist_innen

sogar ins Camp Moria eingedrungen, um dort Leute anzugreifen.

Revo: Hast du davon gehört, dass auch Neonazis aus Deutschland, von der sogenannten „Identitären Bewegung“ auf der Insel waren, um die lokalen Faschist_innen zu unterstützen?

Karl: Ja das ging hier durch alle
Whatsgruppen, somit hatten wir Fotos von den Leuten. Die waren allerdings nicht lange hier und haben ziemlich schnell von Antifaschist_innen eins auf den Deckel bekommen. Als ich das zweite Mal auf der Polizeistation war, habe ich sie sogar dort gesehen, durch die Fotos wusste ich ja wie sie aussehen.

**Revo: Mit dem Bild von weinenden
Faschos finden wir noch einen positiven Abschluss für dieses ansonsten ziemlich traurige und schockierende Interview. Es scheint doch noch Widerstand von lokalen Antifaschist_innen, Internationals und vor allem von Geflüchteten zu geben, die sich gegen die faschistischen Angriffe organisieren und zu Wehr setzen. Wir wünschen
ihnen viel Kraft und Erfolg in ihrem antifaschistischen Kampf. Dir Karl vielen Dank für das Interview und bleib gesund!**

Moria Interviews – TEIL 1 / 2: „Moria ist auch ohne Pandemie eine Hölle“

Ein Interview mit Ahmad über Corona, Faschist_Innen und das Leben am Rande der Festung Europa

Während zehntausende ausländische Erntehelfer_Innen eingeflogen werden, um den deutschen Spargel zu retten, forderte das Bundesinnenministerium nun die Einstellung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer, um nicht noch mehr vermeintliche „Corona-Infizierte“ nach Europa zu lassen. Die vielbeschworene Solidarität der Bundesregierung scheint vor allem der deutschen Industrie- und Agrarwirtschaft zu gelten. Verschwindend klein wirkt vor diesem Hintergrund auch das Symbol, dass lediglich 50 geflüchtete Kinder aus den Lagern in der Ägäis von Deutschland aufgenommen werden sollen, während über 10 000 Minderjährige dort weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Ahmad (Name von der Redaktion geändert) ist selbst aus dem Irak geflüchtet und lebt bereits seit über 2 Jahren auf der Insel Lesbos. Wir sprachen mit ihm, um mehr über die dortigen Lebensbedingungen und den Umgang mit dem Coronavirus zu erfahren.

REVO: Hallo Ahmad, wie sind die Camps auf eine Ausbreitung des Coronavirus vorbereitet?

Ahmad: Sehr schlecht, eigentlich gar nicht. Das Leben im größten Camp „Moria“ ist auch ohne Pandemie eine Hölle. Immer wieder begehen Menschen Selbstmord, da die Lebensbedingungen dort einfach unerträglich sind. Für einige tausend Menschen gibt es einen einzigen Wasserhahn, von Seife ganz zu schweigen. Teilweise fällt die Wasserversorgung sogar komplett aus. Es können also nicht einmal einfache hygienische Schutzmaßnahmen beachtet werden. Das größte Ansteckungsrisiko existiert wahrscheinlich in der Essensschlage, wo tausende Menschen jeden Tag dichtgedrängt stehen und stundenlang gezwungen sind zu warten, wenn sie etwas zu essen bekommen wollen. Mittlerweile gibt es auch kaum noch Ärzt_Innen im Camp, da viele NGOs ihre Mitarbeiter_innen von der Insel abgezogen haben, nachdem diese immer wieder von Faschist_innen bedroht und angegriffen wurden. Aus der Not heraus haben Geflüchtete selber die Situation in die Hand genommen und selbstorganisierte Corona-Awareness-Strukturen gebildet. Sie versuchen Informationen über das Virus weiterzugeben und klären andere Bewohner_innen auf, dass sich zum Beispiel nicht mehr die Hand geben oder sich nach Möglichkeit nicht ins

Gesicht fassen sollten.

**REVO: In fast allen Ländern
Europas wurden mittlerweile Maßnahmen verhangen, um eine Ausbreitung
der Pandemie einzudämmern bzw. zu verlangsamen. Wie sieht das auf Lesbos aus?**

Ahmad: Für uns ist die Situation eigentlich nur noch schlimmer geworden. „Moria“ wurde komplett von der Polizei abgeriegelt. Kaum jemand darf nun noch das Camp verlassen. Nur für dringende Arzttermine oder in Notfällen dürfen Leute raus. Das heißt auch, dass keine_R der Bewohner_innen mehr Zugang zu Geld hat, da sich die einzigen Bankautomaten in der ca. 8 km entfernten Stadt Mytilini befinden. Die Bearbeitung der Asylanträge wurde nun vollständig eingestellt. Auch außerhalb des Camps gilt eine Ausgangssperre. Wer das Haus verlassen will, muss eine SMS an die Polizei schicken und den Grund angeben. Gerät man ohne Bestätigungs-SMS der Polizei in eine Straßenkontrolle, muss man hohe Strafen zahlen.

**REVO: Gibt es denn schon
Corona-Infektionen auf der Insel?**

Ahmad: Ja ich habe von 3 bestätigten Fällen gehört. Einer davon hat es bereits überstanden. Es handelt sich jedoch bei allen 3 Fällen, um Griech_Innen und niemand von ihnen arbeitete in irgendeinem Camp. Im Gegensatz dazu verbreiten die Faschist_Innen Geschichten und Lügen, dass wir Geflüchteten und freiwillige Helfer_Innen das Virus verbreiten würden.

REVO: In den letzten Wochen und Monaten haben sich immer stärkere faschistische Strukturen auf der Insel aufgebaut. Es kam zu Angriffen auf Geflüchtete und NGO-Mitarbeiter_Innen und auch aus der Türkei ankommende Schlauchboote wurden beim Anlegen behindert. Hat sich das seit Corona verändert?

Ahmad: Sie greifen immer noch
vereinzelt an, patrouillieren im Hafen oder sind vor einer Woche auch
ins Camp eingedrungen und haben Menschen attackiert.

REVO: Was denkst du über die kommenden Wochen und Monate? Siehst du irgendwelche Potentiale, dass sich etwas zum Besseren wenden könnte?

Ich bin sehr pessimistisch. Klar, ich hoffe, dass sich etwas ändert aber ich glaube es eigentlich nicht. Unsere ohnehin unklare Zukunft wird mit jedem Tag noch unklarer. Bereits am Morgen wache ich mit einem Angstgefühl auf, das sich im Verlauf des Tages dann in Stress, Wut und Verzweiflung verwandelt. Vor ein paar Tagen sind einige Leute aus Moria in den Hungerstreik getreten. Als Gefangene in dem extra auf dem Campgelände erbauten Gefängnis war der Hungerstreik ihre letzte Möglichkeit gegen diese Lebensbedingungen zu protestieren. Nach drei Tagen wurden sie jedoch durch den Einsatz massiver Polizeigewalt zum Essen gezwungen. Die Situation ist schrecklich und was wir jetzt brauchen, ist die sofortige Evakuierung aller Camps auf den griechischen Inseln und die Erlaubnis für eine Weiterreise auf das europäische Festland!

Dieses Interview wurde durch einen Genossen von uns geführt, jedoch zuvor in gekürzter Form in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 16.04.2020 veröffentlicht. Siehe: https://www.jungewelt.de/artikel/376511.sorge-vor-coronavirus-schon-vor-der-pandemie-eine-h%C3%B6lle.html?sstr=Moria%7Cpandemie%7Ch%C3%B6lle

---

Defender 2020 abgesagt, aber

der Kampf gegen Militarismus geht weiter!

Florian Schwerdtfeger

Ein
Gutes hat die Corona-Pandemie doch: Der größte Truppenübung gegen Russland seit 25 Jahren musste abgesagt werden. „Defender 2020“ hieß die militärische Giga-Übung der NATO. Gar nichts davon mitbekommen? Kein Wunder, während die Bundesregierung versucht hat, keinen großen Wirbel um das Thema aufkommen zu lassen, haben antimilitaristische Linke und Friedensbewegungen es nicht geschafft, eine größere gesellschaftliche Protestdynamik um das Thema herum zu entwickeln. Die Linkspartei hat es zu einem Lippenbekenntnis gebracht und das Manöver kritisiert. In einigen Städten gab es Demonstrationen. Aber eine groß angelegte Mobilisierung gegen Defender gab es nicht. Was die Kriegsgegner_innen nicht geschafft haben, hat nun ein Virus erledigt: „Defender 2020“ wurde abgesagt.

Doch
was war eigentlich geplant? Das NATO-Manöver sollte nicht nur die letzten großen Übungen der NATO übertrumpfen, wie z.B. das Kampfmanöver in Norwegen 2018, sondern sollte auch das größte seit dem Kalten Krieg werden. Dabei sollte trainiert werden, wie schnell Truppen und Material aus den USA in das Baltikum und Polen verlegt werden können, was zufälligerweise strategisch wichtige Orte in einem Krieg gegen den traditionellen Erzfeind Russland wären. Auch wenn Generalleutnant Martin Schelleis erklärte, dass Russland nicht Anlass der Übung sein solle, ist es mehr als deutlich, dass es sich um ein Abschreckungs- und Vorbereitungsmanöver handelt.In Militärkreisen wurde von ungefähr 37.000 Soldat_Innen vorrangig aus den USA und rund 20.000 Stück an Materialien wie Waffen und Fahrzeugen gesprochen. 5500 US-amerikanische Streitkräfte sind

aufgrund der Absage der Militärübung letztlich nur gekommen und sollen nun wieder rückgeführt werden.

Auch die deutsche Verteidigungsministerin AKK hatte sich schon darauf gefreut, kräftig mitzumischen. Neben der Beteiligung einiger tausend Bundeswehrsoldat_Innen wollte Deutschland seine geostrategische Position vor allem zur zentralen Verkehrsdrehschreibe und zum militärischen Logistikzentrum ausbauen. Dieses Vorgehen beruht ganz auf der neuen Doktrin, die in den letzten Jahren von Bundespräsident und Verteidigungsministerium ausgegeben wurden: Schluss mit der „Kultur der militärischen Zurückhaltung", Deutschland müsse „mehr Verantwortung auf der Weltbühne übernehmen". Nach der letzten Wirtschaftskrise hat sich der Kampf unter den führenden imperialistischen Mächten um das größte Stück eines kleiner werdenden Kuchens verschärft. Der Ton ist rauer geworden, multilaterale Abkommen wurden aufgekündigt. Zwischen den USA und China entbrennt ein Handelskrieg, der auch die EU in die Auseinandersetzung hineingezogen hat. Im syrischen Bürger_Innenkrieg, schon lange ein Stellvertreter_Innenkrieg, kommt es zu direkten militärischen Konfrontationen zwischen Russland und der NATO-Partnerin Türkei. Auch das deutsche Kapital bangt nun um seinen Platz an der Sonne und greift zu zunehmend aggressiveren Methoden.

Über
2,5 Millionen Euro hat die Bundesregierung allein für die deutsche Beteiligung klar gemacht. Wie viele Corona-Test-Kits, Beatmungsgeräte oder Lohnerhöhungen für schwer arbeitende Pflegekräfte auf den Intensivstationen hätte man damit wohl finanzieren können? Der Bundesregierung scheint die militärische Absicherung deutscher Profitinteressen wohl wichtiger zu sein als die Rettung von Menschenleben. Mal abgesehen von der massiven Klimabelastung, die entsteht, wenn zehntausende Soldat_Innen und tausende Tonnen von Panzern und Kriegsgerät über den halben Erdball transportiert werden. Wie viele Steuergelder werden allgemein verbrannt, zuerst um überhaupt ein Militär auf die Beine zu stellen, es zu unterhalten und dann auch noch um die Infrastruktur der Länder wieder Instand zu

setzen, weil die Transporte die Straßen und Schienen, mehr belasten als der übliche Verkehr?

Als kommunistische Jugendorganisation treten wir für die Entwaffnung und Abschaffung aller Armeen und Heere von kapitalistischen Staaten ein. Ihre Funktion ist es, die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen von kapitalistischen Nationalstaaten auf brutale und mörderische Art und Weise zu verteidigen. Diese Interessen sind nicht die unseren, da nicht Volk und Vaterland, sondern allein die internationale Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten uns befreien kann. Die Arbeiter_Innenklasse und besonders die Jugend sind die ersten, die im Kriegsfall hungern müssen und die an die Front zum Sterben geschickt werden. Dadurch liegt es aber auch in ihrer Macht den Krieg zu beenden, so wie es die Kieler Matrosen im 1. Weltkrieg getan haben.

Obwohl die NATO-Manöver eine Aggression gegenüber Russland darstellen, dürfen wir nicht in die Falle tappen, in Putin den großen antiimperialistischen Helden zu sehen. Stalinistische Organisationen wie die SDAJ oder DKP vertreten eine solche Position. Für uns stellt das Russland von heute jedoch eine ebenso imperialistische Macht dar, wie es die USA, Deutschland oder Großbritannien sind. Wir vertreten in Kriegen eine Position, welche darauf abzielt, jene Handlungen zu unterstützen und zu fordern, welche die Welt näher an das Ziel der sozialistischen Revolution bringen. Das heißt, dass wir im Falle eines Krieges zwischen NATO und Russland für die Niederlage beider imperialistischer Mächte (bzw. Militärbündnisse) eintreten, um den Kampf der Nationen in einen Kampf der Klassen umzuformen. Dies tun wir, weil bei einer Niederlage die Klassenwidersprüche in der entsprechenden Nation zugespitzt werden und die Illusion der nationalen Einheit von Unternehmer_Innen und Arbeiter_Innen zerbricht. Denn keine imperialistische Macht soll Siegerin über die andere sein, sondern die unterdrückten Massen müssen die Schwäche

der Kapitalist_Innen im Kriegsfall ausnutzen, um sich von der Unterdrückung zu befreien und eine sozialistische Rätedemokratie aufzubauen.

Praktisch
heißt das für uns, jegliche Militarisierung in Deutschland immer und überall zu bekämpfen. Das kann heißen, Großdemos zu organisieren, wenn ein neuer Militäretat anstelle eines Ausbaus der Krankenhäuser beschlossen wird. Das muss aber auch heißen, dort wo wir uns tagtäglich bewegen, also in unseren Schulen, Unis und Betrieben, für Antimilitarismus einzutreten. Wenn der Geschichtslehrer mal wieder von der einstigen Stärke der deutschen Wehrmacht schwärmt, sollten wir unseren Mund aufmachen und Kontra geben! Kommt das nächste Mal ein Bundeswehroffizier in den Ethikunterricht, um fürs Sterben zu werben, könnten wir Blockadeaktionen oder Flashmobs organisieren. Antimilitarismus hat viele Gesichter aber ein Motto: Nie wieder Krieg!

Crash, Kürzung und Corona

Christian Mayer & Felix Ruga

Nachdem die
Kursverläufe an der Börse in den letzten Jahren vergleichsweise stabil verlaufen sind, brechen sie seit ca. einem Monat weltweit rapide ein. Und spätestens mit der Ausbreitung des Corona-Virus‘ zur Pandemie wird die globale Krise immer greifbarer. Doch betrachtet man zentrale Wirtschaftszweige in Deutschland wie Autos oder Chemie, war es nur eine Frage der Zeit, denn der Niedergang war dort schon in vollem Gange.

Was zuvor geschah:

Die deutsche Industrie baut auch ohne Virus ab.

In den letzten sechs Monaten wurden von verschiedenen mittelgroßen bis großen Unternehmen Stellenabbau und Sparprogramme angekündigt, nachdem ständig das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert wurde und sich überall die Sorge um eine kränkelnde Industrie breit machte. Hauptsächlich kündigten die großen Autobauer diese Sparprogramme an, die sehr harte Einschnitte bei der Belegschaft darstellen. Egal ob nun VW, Daimler, Audi oder auch Zulieferer wie Bosch, Continental, Mahle, Brose; ja sogar der Chemiekonzern BASF hat Personalabbau von insgesamt mehreren 10.000 Beschäftigten angekündigt.

Die offiziellen Begründungen seitens der Kapitalist_Innen waren damals zumindest in der Automobilindustrie immer dieselben: Neben den Altlasten des „Abgasskandals“ müsse man auf die aktuellen Entwicklungen des Weltmarktes reagieren, bzw. Geld für die bevorstehende „Transformation“ beiseitelegen. Mit „Transformation“ ist hier die Umstellung auf E-Mobilität gemeint, wie auch die Einführung von Industrie 4.0 im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Produktionsprozesse. Laut Studien werden mehrere 100.000 Arbeitsplätze allein durch die Einführung vollständig automatisierter Fertigungsprozesse überflüssig, die ohne menschliches Zutun auf Basis der Nutzung von künstlicher Intelligenz ablaufen und bei der die Maschinen mittels Datennetzen miteinander kommunizieren. Nichts anderes bedeutet die Einführung von Industrie 4.0: Es wird ein riesiges Heer an Arbeitskräften freigesetzt, die alle auf den Arbeitsmarkt drängen und nach Ersatzbeschäftigungen suchen. Diese kann aber das bestehende System nicht anbieten, da mögliche Umschulungsprogramme aus Kostengründen abgelehnt werden.

In den letzten 10 Jahren, also seit der letzten großen Finanzkrise, hat sich die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt.
Zwar konnten sich große Binnenwirtschaften wie die der USA

wieder erholen und Länder wie China verzeichnen seit Jahren ein permanent hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings konnten andere Wirtschaftsräume wie die EU kaum bis gar kein Wachstum erzielen, die gegenteilige Entwicklung ist der Fall. Auch Lateinamerika, das eine Zeit lang der Hoffnungsträger für die positive Entwicklung der Weltwirtschaft war, steckt seit Jahren in einer zunehmenden Krise fest. Allein Staaten wie Venezuela oder auch Argentinien stehen am Rande des Staatsbankrotts mit noch nicht absehbaren Folgen für die lokale wie auch die Weltwirtschaft und das trotz eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten des Mercosur-Raumes und der EU. Dies wurde noch mit einem beschleunigenden Niedergang an den Rohstoffmärkten verstärkt. Vor allem der Ölpreis fiel schon seit letztem September im Zuge fehlgeschlagener Verhandlungen zwischen den ölfördernden Ländern rapide und man sprach schon von einer neuen Ölkrise. Dies stellt eine existentielle Bedrohung für die Länder dar, die von dessen Förderung abhängig sind. Hinzu kommen auch die nach wie vor unklaren Auswirkungen des Brexits, bei dem die Feinarbeiten an der Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Staaten und Großbritannien erst begonnen haben.

Die Corona-Pandemie ist also letztlich nur ein Auslöser aber nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert und das hat bis heute destabilisierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, indem sich zum Beispiel durch Spekulation in einigen Sektoren große Blasen bilden.

Und dann auch noch Corona

In diese Schwächelage hat nun Anfang diesen Jahres ein weiterer Faktor die Karten neu

gemischt: das Corona-Virus. Die Auswirkungen und dabei vor allem die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung sorgen seitdem dafür, dass die so empfindliche globalisierte Marktwirtschaft vollends crasht. Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Die Quarantänemaßnahmen, die in vielen kapitalistischen Staaten beschlossen wurde, sind nicht aus Menschenliebe passiert. Vielmehr drücken sie Kalkulationen des Kapitals aus, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Pandemie die Wirtschaft mehr kosten würde, als es aktuellen Schutzmaßnahmen tun. Das ewige Hinundher und das lange Zögern der bürgerlichen Regierungen widerspiegeln diesen Abwägungsprozess, der darüber hinaus auch schnell zu anderen Resultaten kommen kann.

Die Rezession hat sich jedoch schon vor der Pandemie abgezeichnet: China als Lokomotive des Weltmarktes wurde als erstes in der Millionenstadt Wuhan getroffen und hat Ende Januar begonnen, riesige Gebiete vom Verkehr abzuriegeln und mit Essen und medizinisch zu versorgen, was sowohl Kapital als auch Arbeitskraft band. Das öffentliche Leben vor Ort kam durch Ausgangssperren zum erliegen und in ganz China wurden Wirtschaftsabläufe gestört und teilweise heruntergefahren, wenn deren Produktion mit den abgeriegelten Gebieten zusammenhing. Dadurch sank zunächst der Ausstoß und bald auch die Nachfrage des chinesischen Marktes und damit kamen auch weltweite Produktions- und Lieferketten zum Erliegen. Ironischer Weise kann etwa das Organisieren von Nachschub für Atemschutzmasken schwieriger sein, da diese überwiegend in China produziert werden. Auch Apple spürte die ersten Auswirkungen schon damals, da z.B. der Elektronik-Riese Foxconn ebenfalls überwiegend in China produzieren lässt und Apple mit massenhaft Teilen beliefert. Daher wurde auch der Produktionsbeginn für ein neues Smartphone um Monate verschoben. Gerade anhand der Ausfälle in der Produktion kann man sehr gut sehen, wie stark die Abhängigkeit von China als Produktionsstandort weltweit geworden ist.

Diese Belastung wurde
selbstverständlich ungleich verstärkt, indem sich Covid-19 von einer lokalen Massenerkrankung zur Pandemie entwickelt hat und nun vor allem Europa und die USA betrifft. Dadurch bricht nun Panik aus, jedes Land fährt einen nationalen Alleingang und die Grenzen werden dicht gemacht. Dies blockiert nun auch hier die Produktions- und Lieferketten. Dazu werden wie auch in China heftige und sehr autoritäre Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Ausgangssperren und Zwangsschließungen öffentlicher Treffpunkte verordnet. Zwar werden die meisten Industriestandorte nicht zwangsgeschlossen, doch aus Gewinneinbrüchen fahren Stück für Stück alle großen Betriebe runter: Zunächst die Flug- und Reiseunternehmen, nun auch die Autoindustrie, Zulieferer, Chemieunternehmen und weite Teile der restlichen Industrie. Wenige schaffen es, dann doch noch mit der Krise ihre Profite zu machen: Trigema macht jetzt Atemschutzmasken, BASF Desinfektionsmittel, Maschinenbauunternehmen wechseln zu Beatmungsgeräten. Selbstverständlich ist das bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, die deutsche Industrie hat momentan nichts zu lachen und die Börsen befinden sich auch im freien Fall. Wie tief der Fall wird, kann natürlich niemand voraussehen.

**Wie
die Staaten reagieren und was wir machen müssen!**

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für das nationale Kapital sind dabei weitestgehend ausgereizt: Der Leitzins kann nicht mehr gedrückt, die Steuern für’s Kapital kaum noch herabgesenkt werden. Klar ist, dass die Unternehmen versuchen werden, die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abzuladen. Wenn wir keinen Widerstand organisieren, warten also massive Entlassungswellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialkürzungen und der weitere Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf uns.

Ebenso
werden die kapitalistischen Staaten, die zur Eindämmung der Pandemie

dringend nötigen Einschränkungen von Produktion und öffentlichem Leben nicht solange aufrechterhalten können, wie es aus medizinischer Sicht notwendig wäre. Kein kapitalistischer Staat kann über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg mit einem so niedrigen Produktionsniveau überleben. Da im Kapitalismus Profite mehr als Menschenleben zählen, werden die Infektionsschutzmaßnahmen spätestens dann zurückgefahren, wenn sie für die Kapitale zu teuer werden. Und, wenn ein Staat beginnt die Wirtschaft wieder hochzufahren, müssen die anderen nachziehen, da ein derartiger Konkurrenznachteil ihr volkswirtschaftliches Todesurteil bedeuten könnte. Es warten also nicht nur massive soziale Angriffe, sondern auch ein tausendfaches Sterben auf uns.

Eine
internationale sozialistische Planwirtschaft könnte dagegen über längere Zeit hinweg mit dem rein gesellschaftserhaltenden Produktionsniveau überleben, da es in ihr ja keinen konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung gibt. Ebenso wäre sie weitaus schneller und effektiver in der Lage, die Produktion auf die dringend notwendigen Güter wie Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken etc. umzustellen. Es gäbe genug Intensivbetten für alle, da das Gesundheitssystem als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, in der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, Pflegemangel oder Fallpauschalen keinen Sinn ergeben. Auch die ökonomische Existenz eines jeden Menschen wäre gesichert, da niemand um seinen_ihren Arbeitsplatz oder seine_ihre Miete fürchten müsste. Da es auch keine nationale Abschottung und Konkurrenz um das Patent für Impfstoffe gäbe, wäre auch (im Gegensatz zu den aktuellen nationalen Alleingängen) ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Pandemie möglich.

Der Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beginnt damit, dass wir uns den geplanten Angriffen auf unsere Klasse entgegenstellen. Die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien sind dagegen aktuell eher auf nationalistischen Kuschelkurs mit dem Kapital aus.

Aus den Reihen der Linkspartei wurde geäußert, dass es aktuell „nicht die Zeit für Oppositionspolitik“ sei. Wir Arbeiter_innen, Jugendliche und Migrant_innen müssen unsere Interessenvertretungen durch eigene Forderungen unter Druck setzen und selber die Initiative ergreifen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen. Wir fordern:

- Keine Entlassungen während der Pandemie! Volle Lohnfortzahlung aus den Profiten der Kapitalist_Innen!
- In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten!
- In allen Berufen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Kostenlose Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle! Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Für Beatmungsgeräte statt SUVs!
- Verstaatlichung aller Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore!
- Für offene Grenzen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können!
- Corona war nur Auslöser der Krise, nicht die Ursache! Das Problem liegt im kapitalistischen System!

Corona-Pandemie: 4 Fragen und 4 revolutionäre Antworten!

Kein Thema hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona.

Weltweit ist bereits eine Viertelmillion Menschen an dem Virus erkrankt, wovon bisher etwas fast 12.000 (Stand 21.3.) Menschen sterben mussten. Europa ist, nachdem in China die Zahl von Neuinfektionen wieder leicht rückgängig ist, zum neuen Zentrum der Pandemie geworden. Nachdem die Zahl von Infizierten in Italien blitzartig in die Höhe schoss, ist ein ähnlich steiler Anstieg auch in Deutschland zu beobachten. Vor einigen Tagen meldete sich nun auch Kanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache zu Wort: Die Rede war vor allem vom Zusammenhalten, von Vertrauen und von Geduld. Man könnte sie auch so verstehen, dass wir alle schön die Klappe halten und machen sollen, was man uns sagt. Das würde nämlich bedeuten, dass wir stillschweigend hinnehmen, wie deutsche Banken und Unternehmen durch Milliardenkredite gerettet werden, während wir durch Entlassungen, Kurzarbeiter_Innengeld und Grundrechtseinschränkungen die Kosten dessen tragen sollen. Aber ist in der aktuellen Krisensituation der richtige Zeitpunkt für Widerstand? Diese und andere Fragen wollen wir hier beantworten.

Sollten wir nicht gerade jetzt in der Krise zusammenhalten und Kritik hinten anstellen?

Zusammenhalten sollten wir auf jeden
Fall, denn die aktuell stattfindenden Einschränkungen im
öffentlichen Leben und die permanente Angst, sich anzustecken, sind
für uns alle nicht leicht. Positiv sind in diesem Zusammenhang die
an vielen Orten entstehenden Nachbarschaftsinitiativen zur
Lebensmittelversorgung. Hierbei muss aber klar angeprangert werden,
dass diese vor allem deshalb notwendig werden, weil der Staat in
dieser Versorgungsaufgabe versagt.

Die Frage ist für uns, mit wem wir
zusammenhalten. Sicherlich nicht mit den Bossen, die unsere Löhne
kürzen, uns entlassen oder uns auf der Arbeit mit schlechten
Schutzmaßnahmen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen.
Bestimmte Beschäftigungsverhältnisse wie Scheinselbstständigkeit,
Stunden- oder Projektverträge und Angestellte im Gastro- und
Kulturbetrieb sind aktuell besonders hart betroffen. Während wir uns

also fragen, wie wir unsere Miete bezahlen sollen, versuchen die Unternehmer_Innen ihre getätigten Investitionen noch irgendwie ins Trockene zu bringen und uns die Kosten dafür zahlen zu lassen. Für sich können sie auch nur im kleinsten Verdachtsfall auf ein weiches Intensivbett in einer Privatklinik mit ausgewiesenem Fachpersonal vertrauen, während wir und insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen das Hauptrisiko tragen.

Die Bundesregierung setzt in ihren Krisenmaßnahmen vor allem die Interessen der Kapitalist_innen um. Während Schulen, Unis, Kindergärten, Theater, Clubs, Bars, Museen und Schwimmbäder geschlossen bleiben, müssen vor allem die Leute (trotz Infektionsrisiko) an den zentralen Wirtschaftsstandorten weiterarbeiten. Dass in der Autoindustrie kaum noch mehr gearbeitet wird, ist viel mehr Folge des Absatzeinbruchs als von Gesundheitsmaßnahmen.

Ebenso auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die die Grundversorgung einer Gesellschaft durch Pflege, Erziehung, Infrastruktur und Lebensmittelhandel sicherstellen. Für sie hat Merkel ganz viel Danke und Applaus übrig, doch davon kann sich niemand etwas kaufen. Während Gesundheitsminister Jens Spahn uns lange erzählt hat, dass das deutsche Gesundheitssystem bestens auf eine Corona-Pandemie vorbereitet sei, sehen wir nun, wie überfordert es ist. Kein Wunder, denn jahrelang wurden die Krankenhäuser kaputtgespart und privatisiert. Der erzeugte Personalmangel in der Pflege wurde zusätzlich befeuert durch Unterbezahlung, Ausbeutung und Auslagerung von Beschäftigtengruppen an Dienstleistungsunternehmen, um Tarifverträge zu umgehen. Und zwar nicht nur in Deutschland, auch in Südeuropa waren deutsche Politiker_Innen im Zuge der Euro-Krise ganz vorne mit dabei, durch erzwungene Sparmaßnahmen die lokalen Gesundheitssysteme zu zerstören. Dafür verantwortliche Politiker_Innen und die Bildzeitung versuchen nun, der Öffentlichkeit die Schuld zuzuschieben, um die eigene Verantwortung an dieser katastrophalen Situation unter den Teppich zu kehren. Zusammenhalten müssen also vor allem wir Jugendliche, Lohnabhängige und Migrant_Innen, und zwar über Nationalstaatsgrenzen

hinweg. Unsere Kritik dürfen wir dabei nicht verschweigen, sondern müssen sie gerade jetzt durch eigene Forderungen und Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn wir keinen eigenen gesamtgesellschaftlichen Notfallplan aufstellen, wird es von der Bundesregierung nur einen Notfallplan zur Rettung der Konzerne geben.

Was wären denn sinnvolle Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten?

Unsere Forderungen sollten sich
einerseits gegen die sozialen Angriffe richten und andererseits
wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorschlagen.
Zuallererst müssen wir für ein sofortiges Entlassungsverbot
eintreten. Ebenso fordern wir statt Kurzarbeiter_Innengeld (also eine
Weiterzahlung von 60 % des letzten Nettolohns durch Steuergelder)
Lohnfortzahlungen, finanziert aus den Profiten der Unternehmen.
Überall, wo es möglich ist, müssen die Leute ohne Konsequenzen von
der Arbeit freigestellt werden,
damit die Eindämmung durch soziale Distanzierung wirklich
funktioniert. In Berufen, die die gesellschaftliche
Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden
Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen
erhalten. Welche Berufe für die gesamtgesellschaftliche
Grundversorgung wichtig sind, entscheiden demokratisch gewählte
Komitees aus Schulen, Unis und Betrieben und nicht die
kapitalistischen Politiker_Innen. Auch unter den erschwerten
Bedingungen können wir solche demokratischen Prozesse online möglich
machen, um eine soziale Antwort auf diese Krise zu finden!

Auch müssen wir entscheiden können,
welche Grundrechtseinschränkungen uns auferlegt werden. Die Gefahr
ist ganz real, dass sie zwar zum Zwecke der Eindämmung beschlossen
werden, aber nur teilweise zurückgenommen werden und generell das,
was „ok“ ist, verschoben wird. So wurde beispielsweise könnte
in Bayern bald der Notstand ausgerufen werden und damit wäre der
Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert. Dagegen zu

demonstrieren ginge natürlich nicht, weil das Versammlungsrecht praktisch abgeschafft wurde. Obwohl es in der aktuellen Situation nicht sinnvoll wäre, große Massendemonstrationen abzuhalten, sollte die Regierung uns dieses Recht nicht einfach nehmen dürfen! Einschränkende Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Eindämmung der Neuinfektionen können natürlich richtig sein, die Frage ist aber, wer diese festlegt und vor allem wer diese wieder abschafft. Wenn diese Verantwortung Seehofer und Co. zufällt, die schon vor Corona versucht haben, autoritäre Polizeistaatsmaßnahmen durchzusetzen, warum sollte man dann die Teile der Einschränkungen, die man eh schon vorhatte, nicht einfach beibehalten? Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die „Verteidigung gegen einen äußeren Feind“ dazu benutzt wurde, die Grundrechte der eigenen Bevölkerung dauerhaft einzuschränken. Beispiel hierfür ist der „Kampf gegen den Terror“, der schon für Kriege, Einschränkung des Asylrechts und der Spionage der eigenen Bevölkerung herhalten musste. Der beste Schutz dagegen ist es, dass wir uns als Betroffene gemeinsam mit Wissenschaftler_Innen organisieren und selbst die Menschen delegieren, die in demokratischen Krisenkomitees verbindliche Maßnahmen festlegen.

Um eine Ausbreitung des Virus‘ zu verhindern, benötigen wir sofort einen kostenlosen und freien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle. Ebenso müssen Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Statt SUVs brauchen wir halt gerade nun mal Beatmungsgeräte. Das klingt nach einem krassen Schritt, aber beispielsweise waren die kapitalistischen Regierungen mit solchen Maßnahmen während der zwei Weltkriege überhaupt nicht zimperlich, indem sie der Industrie vorgeschrieben haben, dass sie nun Munition, Waffen und Feldversorgung herstellen müssen. Neben massiven Investitionen in Forschung und Versorgung, was auch eine schnellstmögliche Anlernung und gute Bezahlung von Pflegekräfte bedeutet, müssen ebenso alle Kliniken,

Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore verstaatlicht werden. Es ist sehr problematisch, dass momentan einige Forscher_Innen-Teams nebeneinander her an ähnlichen Projekt arbeiten, aber wegen des Geschäftsgeheimnisses keine vollständige Zusammenarbeit stattfindet, vor allem unter privaten Unternehmen. Die Jagd ist wild, denn wer den Impfstoff oder Schnelltest findet, wird dabei sicherlich Milliarden verdienen. Jetzt kommt es aber auf die Rettung von Menschenleben an und nicht auf Profite!

Wären diese ganzen Maßnahmen aber nicht insgesamt sehr schlecht für die Wirtschaft?

Die Corona-Krise ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft nicht dazu in der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und dafür, wie viel effizienter und bedürfnisorientierter eine demokratische Planwirtschaft agieren könnte. Das Chaos des Marktes führt zur Anfälligkeit für Zusammenbruch und Krise, so auch nun mit dem Ausbruch von Corona: Der DAX fällt täglich ins Bodenlose, die Ölpreise sinken und die für die deutsche Exportwirtschaft so wichtige just-in-time-Produktion gerät durch Grenzschließungen immer weiter ins Stocken. Corona ist dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald auf der Tagesordnung stehen.

Zugleich verschärfen sich bereits aktuell die Spannungen unter den imperialistischen Ländern und Regionalmächten. Der Wettlauf um einen Corona-Impfstoff ist bereits ein Ausdruck davon. Die Volkswirtschaft, die sich am schnellsten von den Coronafolgen erholt, wird einen gewaltigen Vorteil auf dem Weltmarkt haben und für Verschiebungen im innerimperialistischen

Kräfteverhältnis sorgen. Momentan scheinen die Zeichen ganz auf China zu stehen, aber auch andere Ländern setzen in diesem Kampf auf das Konzept „Herdenimmunität“, also das absichtliche Krankwerdenlassen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überlastung des Gesundheitssystems, sodass unzählige Menschen sterben könnten. In Europa hängen prominent die Niederlande und bis vor kurzem noch Großbritannien dieser Taktik an. Die Maßnahmen, die nun doch ergriffen werden, kommen zu spät.

Ist es aber nicht gerade wichtig, die Grenzen zu schließen, um eine weitere Ausbreitung der Infektionen zu verhindern?

In der aktuellen Abschottungspolitik der kapitalistischen Staaten zeigt sich deutlich, dass ihr ganzes Gerede von Solidarität nur eine leere Worthülse ist. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift, aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie auch so nicht vor Nationalstaatsgrenzen halt macht, bedeutet nationale Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische und rassistische Tendenzen, die ja bekanntermaßen

schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

Wir fordern stattdessen keine
Abschottung und Grenzschließungen sondern Grenzöffnungen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können. Geflüchtete sollen wie alle anderen Einreisenden medizinisch getestet und, im Fall einer Infektion, medizinisch und sozial versorgt werden. Die Lager auf den griechischen Inseln müssen sofort aufgelöst und eine Weiterreise aufs europäische Festland gewährleistet werden. Das gilt auch für die türkisch-griechische Grenze am Fluss Evros. Wir fordern legale Fluchtwege und Einreisemöglichkeiten ebenso wie volle Staatsbürger_Innenrechte für alle!